

Mittwoch 10 Pfennig, monatlich 3.- Reichsmark, im Voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 6.00 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Woll und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Himmels“, „Stadtschau“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugendbewegung“, „Rat in die Zukunft“, „Kulturzeit“ und „Technik“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Komparierung des Pfennig, Reichsmark 5.- Reichsmark „kleine Angelegen“ des letzten bracht Wort 15 Pfennig Quäling zwei festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Sechseckel das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Kammeranzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentlich von 8^{1/2} bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönhoff 593-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37 806. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Annahme der Befoldungsordnung.

Stürmische Zehnstundensitzung. — Ein böses Weib öffentlich abgestraft. — Deutschnationaler Schutz für Grobrentner.

Die Befoldungsordnung ist nun auch im Reichstag angenommen. Am Ende einer stürmischen Zehnstundensitzung ergab die namentliche Abstimmung 333 Ja, 53 Nein und 16 Enthaltungen. Die Nein stammten von den Kommunisten, die aber zuvor einen Antrag des Bauernbündlers Eisenberger, das ganze Gesetz zurückzustellen, abgelehnt hatten. Die Enthaltenden waren Zentrumsleute der Gruppe Stegerwald.

Für die Sozialdemokratie gab Genosse Steinkopf eine formulierte Erklärung ab. Er ging davon aus, daß das jetzige Befoldungsgesetz ein unsoziales Klassensystem darstelle. Die gegenteiligen Anträge der Sozialdemokraten seien von dem Regierungsbündel niedergestimmt, also trügen Reichsregierung und Regierungsparteien allein die Verantwortung. Wenn die Sozialdemokratie das Gesetz dennoch nicht ablehne, so deshalb, weil sie nicht die Verantwortung dafür übernehmen wolle, daß bei einem Scheitern des Gesetzes oder einer Verzögerung die unteren und mittleren Beamten noch länger auf die längst fällige Gehaltserhöhung warten sollen.

Den Kleinrentnern wurde in derselben Sitzung eine Weihnachtsgabe von 25 Millionen Mark bewilligt. Dabei kam es zu einer messerscharfen Auseinandersetzung zwischen der deutschnationalen Frau Müller-Ditried, der die Volksparteilerin Mag assistierte, und der Zentrumsabgeordneten Frau Teusch. Es war eine Debatte von hoher sozialer und politischer Bedeutung, die in erster Linie von Frauen geführt wurde. Zwei Parteien des Bürgerblocks traten zum Kampf gegeneinander an, die Damen der Rechten blieben moralisch auf der Strecke.

Das gilt vor allem von der Müller-Ditried. Sie ist das einzige weibliche Mitglied des Hauses, das allgemeinsten Abneigung begegnet — sehr im Gegensatz zu ihrer Fraktionskollegin, der Frau Behm, deren sympathische Menschlichkeit jedermann über die Parteischranken hinweg anerkennt. Die Müller-Ditried war es, die im Strafrechtsauschuss mit größter Gemütsruhe für das Kopfschaden stimmte. Sie war es, die sich gestern als Führerin einer unwürdigen Intrige produzierte und ihr Bedauern darüber zu erkennen gab, daß die armseligen 25 Millionen Weihnachtsspende nicht bloß den Kapitalrentnern, den Verarmten aus den „besseren Kreisen“, sondern auch den Sozialrentnern aus proletarischem Stande zugute kämen.

Die beiden Rednerinnen der Rechten hatten heuchlerisch beklagt, daß nicht mehr zustande gekommen sei und hatten versucht, Herrn Brauns und Herrn Köhler, den Zentrumsministern, die Schuld daran zu geben. Darob Verblüffung im ganzen Hause. Entrüstung im Zentrum. Braunsens hört, hört! bei der Opposition, die mit wachsendem Erstauern diesem ärmlichen häuslichen Streit in der Koalition zuhörte. Die Demokratin Dr. Else Lüders, bläß vor Erregung über diese Komödie, forderte die Regierungsparteien zur Scham auf. Sie sollten endlich mit dem mehrfachen Reden Schluß machen und etwas für die Kleinrentner tun. Bisher hätten die Laten der Regierungsparteien das Gegenteil der Reden bedeutet. Genosse Karsten wies den Deutschnationalen nach, daß gerade sie die Beratung eines Kleinrentnerversorgungsgesetzes leicht verhindert hätten. Frau Müller-Ditried als befehlerte Anhängerin der Todesstrafe scheine die Rentner allmählich verhungern lassen zu wollen. Ob Köpfen oder Hungertod sei doch schließlich dasselbe. Ordnungsruf des Präsidenten, wie es überhaupt an diesem Tage Ordnungsrufe hagelte. Inzwischen eilte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu den Bänken des Zentrums hinab, hochrot über die Angriffe der Rednerinnen beider Rechtsparteien. Durch Zurufe stellt er fest, daß seine Erklärungen im Ausschuss über die Vertagung des Kleinrentnerversorgungsgesetzes und die jetzige geringe Gabe eine Erklärung der gesamten Regierung, also auch der Deutschnationalen und der deutschnationalen Minister sei. Dann sprach die Zentrumsabgeordnete Teusch eine halbe Stunde lang entzückt auf ihre beiden Koalitionsfreundinnen ein. So etwas an Hinterhältigkeit sei noch nicht dagewesen. Die zarte und höfliche Rheinländerin wird belächelt. Sie brachte den urfundilichen Beweis, daß die Rechtsparteien den ganzen Skandal, den sie jetzt heuchlerisch bedauern, mitgemacht haben. Der bayerische Volksparteiler Schwarzer meinte feuchend, so ungeschickt habe noch nie eine Koalition ihre Gegensätze in der Öffentlichkeit ausgetragen.

Die Koalitionsparteien der Rechten nahmen die Abfanzung durch die Zentrumsrednerin geborfomft zur Kenntnis, ohne noch einmal einen rednerischen Ritt zu wagen.

Nach Ablehnung der Verbesserungsanträge wurde der Antrag einer einmaligen Weihnachtsgabe an die Sozialrentner, Kleinerer und langfristigen Erwerbslosen schließlich einstimmig angenommen.

Der Kampf um den sozialdemokratischen Pensionskürzungsantrag, der die Höchstgrenze der Pensionen auf 12 000 Mark festsetzen wollte, hatte schon am Vormittag begonnen. Herr Schmidt-Hannover hatte sich als würdiger Partner der Müller-Ditried produziert und sich dabei eine Abfuhr geholt, über die schon im Abendblatt berichtet worden ist. Genosse Scheidemann gab in einer persönlichen Bemerkung dem Mann den Rest, er rechnete in Zahlen mit seinen schätzbaren Unwahrheiten ab. Im übrigen konnte Scheidemann darauf hinweisen, daß er ja selber zu den 15 sozialdemokratischen Abgeordneten gehöre, die den Pensionskürzungsantrag unterzeichnet haben. Die Deutschnationalen aber kämpften mit fanatischem Eifer dafür, daß Leute, die zum großen Teil als Aufsichtsräte, Syndizi usw. Zehntausende im Jahre „verdienen“, ihre Pensionen von 15 000 bis 16 000 Mark unverkürzt ausgezahlt erhalten. Ein edles Paar, dieser deutschnationale Hauptmann und diese Vorsitzende des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, eine prachtvolle Partei, diese Partei Schmidt-Hannover-Müller-Ditried!

Das Zentrum ging nicht mit den Deutschnationalen, lehnte aber den sozialdemokratischen Antrag ab. Herr v. Guérard bemühte sich höchstselbst, zu erklären, warum. Er gestand die Berechtigung der sozialdemokratischen Forderung zu, meinte aber, mit diesem Antrag sei das Ziel nicht zu erreichen. Notwendig sei überhaupt ein Pensionsgesetz für politische Beamte. Bei dieser Gelegenheit könne die Begrenzung der Pensionen allgemein beschlossen werden. Der Reichsfinanzminister Köhler gab dann die mit seinen Zentrumsfreunden vereinbarte Erklärung ab, er hoffe, in allernächster Zeit ein Pensionsgesetz für politische Beamte vorlegen zu können. Das Haus lächelte verständnisvoll, denn dieses Versprechen wird seit Jahren von allen möglichen Reichsfinanzministern abgegeben. Da jedermann die Lage des jetzigen Herrn Reichsfinanzministers für gezählt hält, wird er bestimmt in seiner politischen Laufbahn dieses Gesetz nicht mehr vorlegen.

Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag mit 217 gegen 176 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt. Ein deutschnationaler Sieg!

Im übrigen hat der Verlauf der Debatten gezeigt, daß dieser Reichstag krank ist. Das Wahlfieber schüttelt ihn durch und durch. Aus den Weihnachtserien, die am Ende der Woche beginnen sollen, wird er nicht gesünder zurückkehren.

Die Siedlung als Notwendigkeit.

Staatssekretär Krüger über Siedlungspolitik. — Wohnungen für Landarbeiter.

Von der Notwendigkeit einer zweckbewußten Siedlungspolitik sind heute sämtliche politischen und wirtschaftlichen Kreise in Deutschland überzeugt. Die Rundgebung, die von der Gesellschaft für innere Kolonisation unter zahlreicher Beteiligung von Parlamentariern, sowie Regierungsvertretern des Reiches und der Länder veranstaltet wurde, sollte Mittel und Wege weisen, um die noch schlappende Siedlungstätigkeit in Fluß zu bringen.

Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger wies auf die erfreulichen Betriebsleistungen der kleinen und mittleren Siedlerbetriebe im Osten hin, die in der Erzeugung tierischer Produkte den Großbetrieben überlegen sind und in der Pflanzenproduktion mit dem Großgrundbesitz auf eine Stufe zu stellen sind. Um die Siedler von der drückenden Ungewißheit ihrer Schulden zu befreien, müßten die bisherigen Zwischenkredite in Dauerkredite mit festen Zinssätzen umgewandelt werden. Mit der Annahme des

Landesrentenbankgesetzes sei man einen großen Schritt vorwärts gekommen. Die Landesrentenbank, die mit Privilegien ausgestattet ist, wie sie keinem anderen öffentlichen oder privaten Institut gegeben sind, ermöglicht den Siedlern, jeden geeigneten Weg zur Erlangung von Siedlungskredit zu beschreiten.

Der Staatssekretär im preussischen Landwirtschaftsministerium, Genosse Krüger, stellte fest, daß die Siedlungspolitik bisher überwiegend auf Schaffung bäuerlicher Siedlungen eingestellt war, dagegen die Siedlung von Landarbeitern zurückgestellt wurde. Die bisherigen Ergebnisse der bäuerlichen Siedlung stehen jedoch in gar keinem Verhältnis zur Landflucht, denn auf 108 000 Abgewanderte kamen nur 8000 neue Siedlungen. Neben der rein bäuerlichen Siedlung müßte daher noch andere Formen gesucht werden. Da die Ansiedlung von Landarbeitern nur ein Viertel einer bäuerlichen Stelle kostet, könnte für denselben Betrag die vierfache Anzahl von Familien sesshaft gemacht werden. Während im Westen mit der Schaffung von Eigenheimen für Landarbeiter gute Erfolge zu verzeichnen seien, lägen im Osten in dem besonderen Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter zum Gutsherrn besondere Schwierigkeiten vor. Hier habe der Staat, als der größte Grundbesitzer, auf seinen Domänen mit gutem Beispiel voranzugehen. Den Landarbeitern müßten von den Domänen Grund und Boden, sowie staatliche Kredite für den Bau und die Einrichtung zur Verfügung gestellt werden. Es sei daran zu erinnern, daß sich die preussische Regierung bereits 1873 mit diesen Plänen befaßt habe, der Gedanke also nicht neu sei. Das Landwirtschaftsministerium bereite entsprechende Maßnahmen vor.

Eine weitere wichtige Forderung für die Landarbeiter müßte der Bau von Mietwohnungen auf dem Lande sein, um sie aus dem jetzigen Zustand der Gutszugehörigkeit zu befreien. Bei der Bedeutung, die in den letzten Jahren die Obst- und Gemüseproduktion erlangt habe — 1,6 Milliarden bei 13 bis 15 Milliarden gesamter Landwirtschaftsproduktion —, erfordere die Schaffung von Gärtnersiedlungen erhöhte Beachtung. Ein Kostenvergleich zwischen einer bäuerlichen Siedlung von 60 Morgen mit einer Obst- und Gärtnersiedlung von 6 bis 8 Morgen ergebe bei erhöhten Bruttoerträgen der Gärtnersiedlung nur die Hälfte der Kosten, die eine Bauernsiedlung beansprucht. Selbstverständlich soll die bäuerliche Siedlung nicht durch die Gärtnersiedlung ersetzt werden, jedoch müßte bei den beschränkten Mitteln auch bei der Siedlung das Prinzip der Rationalisierung angewendet werden.

In einem Schlußwort trat Geheimrat Sering energisch für die Benutzung von Zustandskrediten für die Siedlung ein. In diesem Punkt können wir ihm zustimmen. Sehr bestreblich ist es aber, daß Professor Sering die Rentenbankkreditanstalt zu diesem Zweck zu einer Zentral-Siedlungskreditbank umwandeln will. Das ist offenbar eine grobpartiarische Tendenz in der Siedlungspolitik, die nicht nur finanzpolitisch, sondern siedlungspolitisch im höchsten Maße bedenklich wäre.

Keine Einigung in Düsseldorf.

Schiedspruch heute zu erwarten.

Wochum, 14. Dezember. (Eigenbericht.)

Die bisherigen Düsseldorfer Schlichtungsverhandlungen zur Neuregelung der Lohn- und Arbeitszeitfragen nach dem Tarifvertrag sowie zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung vom 16. Juli 1927 gestalteten sich außerordentlich schwierig. Es war nur möglich, in zwei Fragen eine Verständigung zu erzielen, von der jedoch nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Arbeitern betroffen wird, und zwar:

1. Arbeiter in den Gas-, Kraft- und Gebläsezentralen, für die die Arbeitszeit zurzeit 65 Stunden und mehr beträgt und für die eine Arbeitszeitverkürzung zunächst von acht Stunden (57 Stunden ab 1. Januar 1928 und die dreigeteilte Wechselschicht ab 1. April 1928) zur Einführung gelangen soll, und

2. für die Arbeiter in den Agglomerat- und Sinteranlagen, für die die dreigeteilte achtstündige Wechselschicht gegenüber bisher ebenfalls 65 Stunden ab 1. Januar 1928 eingeführt wird.

In allen anderen Fragen stehen sich die Parteien schroff gegenüber.

Mit der Fällung eines Schiedspruches ist im Laufe des morgigen Tages, voraussichtlich am Vormittag, zu rechnen. Die Verhandlungen wurden abends gegen 10 Uhr abgebrochen und auf Donnerstag vormittag vertagt.

(Siehe auch Gewerkschaftsteil.)

Erzelenz und Knigge.

Oder: deutschnationale Umgangsformen.

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Rittershaus hatte sich bekanntlich darüber beschwert, daß das preußische Ministerium des Innern im dienstlichen Briefwechsel den Admiral v. Schröder nicht mit Erzelenz angeredet hat. Die preußische Staatsregierung hat darauf erwidert, daß ein Rechtsanspruch, mit Erzelenz angeredet zu werden, weder in der alten kaiserlichen Verfassung bestand, noch in der neuen Reichsverfassung besteht. Anstatt sich damit zufrieden zu geben, legte nun die Reichspresse mit böhartigem Schimpfen los. Sie warf dem preußischen Minister vor, daß seine Antwort „Mangel an Umgangsformen“ beweise, daß er es darauf absehe, „gegen einen Anhänger der früheren Staatsform Unfreundlichkeiten zu erfinden“ u. a. m.

Auf diese klaglichen Anwürfe der Reaktion veröffentlicht nun das Innenministerium Teile aus Briefen des gekränkten Admirals. Sie sind so schön, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. In einem Schreiben vom 12. Mai 1927 heißt es:

... Diese beiden Tatsachen lassen erkennen, daß entweder der Polizeipräsident nicht den Willen hat, bei starkem Verkehr friedliebende Staatsbürger vor Belästigungen und Beschimpfungen durch den Straßenpöbel zu schützen, oder er dazu nicht die Fähigkeit besitzt, die zur Ausfüllung eines so verantwortlichen Postens benötigt werden. (1)

Als der preußische Minister des Innern die Beschwerde des Admirals v. Schröder über den Polizeipräsidenten von Berlin abschlägig beschied, ließ Admiral v. Schröder sich in einem Briefe vom 2. September 1927 u. a. folgendermaßen aus:

... Ihre Entscheidung beweist mir aufs neue, daß Sozialdemokraten nicht befähigt sind, unparteiisch zu entscheiden und daher nach meiner Auffassung nicht geeignet sind zu Staats- und Ehrenämtern. Ich muß es mir verlagern, in der Angelegenheit noch weitere Schritte zu tun, da die Unachtsamkeit der Entscheidung und der Umstand, daß in der preußischen Staatsregierung der ausschlaggebende Ministerpräsident auch Sozialdemokrat ist, weitere Beschwerde zwecklos erscheinen läßt. ...

Wer nun schon einmal auf einen Ministerposten betreten ist, der sollte doch wenigstens, sofern er den Anspruch auf Bildung erhebt, die in allen Kulturstaaten üblichen Höflichkeitsformen nicht abschlägig außer acht lassen. Der Herr Innenminister hat mir seinerseits weder einen Titel zu geben noch vorzuenthalten. ...

Derartige plumpe Dreifigkeiten erlaubt sich ein Mann, der zu Tode gekränkt ist, wenn man ihm die Anrede Erzelenz vorenthält. Nach Veröffentlichung dieser Briefe wird ihm wohl die Lust vergehen, ausgerechnet an Knigge Umgang mit Menschen zu appellieren!

Regierungsparteien und Lohnsteuer.

Angeblieh Einigung über eine Senkung.

Die Regierungsparteien haben am Mittwochvormittag mit der Reichsregierung über die Senkung der Lohnsteuer verhandelt. Ueber das Ergebnis läßt sich endgültig noch nichts feststellen. Es wurde jedoch mitgeteilt, daß eine Einigung zwischen der Reichsregierung und den Regierungsparteien erzielt worden sei, von der man annehme, daß sie auch die Zustimmung des Reichsrats finden werde. Von einer Erfüllung der Verbrüderung, die den Ertrag der Lohnsteuer auf 1200 Millionen beschränkt, ist danach wohl nicht mehr die Rede. Auch bleibt das Ausmaß der Senkung im Einzelfall sicherlich weit hinter den Forderungen der Lohnsteuerzahler zurück. Da ein ausgearbeiteter Vorschlag noch nicht vorliegt, ist die auf vormittags 10 Uhr anberaumte Sitzung des Steueraussschusses auf 2 Uhr nachmittags vertagt worden.

Konflikt in Mecklenburg-Strelitz.

Die Regierung will den Landtag nicht anerkennen.

Neustrelitz, 14. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Landtag von Mecklenburg-Strelitz hat heute mit 18 gegen 15 Stimmen einen Antrag angenommen, wonach die Deutschnationalen zwei Mandate verlieren, die Völkischen und die Deutsche Volkspartei je ein Mandat gewinnen. Der Beschluß basiert darauf, daß die Wahlrechnung dem Verhältnismäßigkeitsprinzip nicht gerecht werde. Die Regierung und die Deutschnationalen Volkspartei haben erklärt, daß sie den Staatsgerichtshof anrufen werden. Die Regierung hat weiter erklärt, daß sie die Beschlüsse des Landtags nicht anerkennen werde, da er verfassungswidrig zusammengesetzt sei. Ein Mißtrauensantrag der Sozialdemokratie hat alle Aussicht auf Annahme. Wertwüdigerweise ist die Haltung der Demokraten, die mit den Deutschnationalen durch Dick und Dünn gehen, während die Deutsche Volkspartei in Opposition gegangen ist. Das wird für die kommende Regierungsbildung von Bedeutung sein.

Zum Steuerhinterziehungsstandal.

Die Telegraphen-Union hatte am Montagabend eine Redung des „Münzler Journal“ wiedergegeben, in der behauptet war, daß der frühere Reichswirtschaftsminister Reichstagsabgeordneter Dr. Becker-Hessen gemeinsam mit anderen Persönlichkeiten als Testamentvollstrecker am Nachlaß des verstorbenen Freiherrn von Hehl in Worms steuerlicher Verfehlungen verdächtig war. Hierzu teilt die Telegraphen-Union mit, daß der in erster Linie angegriffene Dr. Becker mit der Besteuerungsfrage weder etwas zu tun, noch an ihr irgendein Interesse habe. In der Sache handele es sich um Zweifel über die rechtliche und steuerliche Behandlung gewisser geschäftlicher Beziehungen zum Auslande, die unter den Beteiligten entstanden seien und um deren Prüfung die Steuerbehörde von allen mit der Sache befaßten Stellen — nicht etwa nur von den Testamentvollstreckern — förmlich ersucht worden sei.

Gegen die Ständekammern. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat einen Antrag eingebracht, der das Staatsministerium ersucht, mit größter Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Auflösung der jetzt in Preußen noch bestehenden kommunalständischen Verbände (Ständekammern) vorsieht.

Preußens Etat vor dem Landtag.

Höhere Ueberweisungen oder rückichtslose Abstriche!

Auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung des Landtags steht zunächst die Einbringung des Haushaltsvoranschlags für 1928.

Finanzminister Dr. Höpfer-Wschoff:

Die gestern dankenswert verabschiedete Beamtenbesoldungsvorlage bedeutet für den Staatshaushalt gewaltige Mehrausgaben. Der preußische Staatshaushalt hat sich in seinen absoluten Zahlen seit Befestigung der Währung folgendermaßen gestaltet: 1924 Einnahme 1439 Millionen, Ausgabe 1167 Millionen, Ueberschuß 272 Millionen. Im Jahre 1924 waren bekanntlich die Steuern auf Grund der Notverordnungen über das für die Wirtschaft erträgliche Maß hinaus angepaßt und alle Ausgaben gedrosselt; 1925 Einnahmen 1414 Millionen, Ausgaben 1533 Millionen, Fehlbetrag 121 Millionen, hauptsächlich entstanden durch Nachholung der 1924 unterbliebenen Ausgaben; 1926 Einnahme 1345 Millionen, Ausgabe 1366 Millionen, Fehlbetrag 21 Millionen. Der Haushalt für 1927 sollte nach dem Voranschlag mit 1388 Millionen balancieren. Nach der gegenwärtigen Schätzung werden die Einnahmen 1438 Millionen betragen, die Ausgaben 1501 Millionen, der Fehlbetrag 63 Millionen.

Der Haushaltsvoranschlag für 1928 sieht eine Einnahme von 1524 Millionen und eine Ausgabe von 1598 Millionen vor, Fehlbetrag 73,5 Millionen.

Die Steuereinnahmen betragen in diesen fünf Jahren 1252, 1280, 1328, 1341 und nach dem Voranschlag 1419 Millionen. Das Steigen der Steuereinnahmen entspricht der normalen Entwicklung der Wirtschaft, eine Erhöhung der Steuerlast ist darin nicht enthalten. Die Betriebsüberschüsse des preußischen Staates betragen in den Vergleichsjahren 107 Millionen, 41 Millionen, 28 Millionen, 66 Millionen und nach dem Voranschlag 83 Millionen. Die Betriebsüberschüsse waren natürlich viel höher, als Preußen nach nicht seine Eisenbahn dem Reich für Reparationszwecke hatte übergeben müssen. Die außerplanmäßigen Ausgaben betragen im Jahre 1924: 87 Millionen, hauptsächlich für Folgen des Ruhrkrieges, 1925: 253 Millionen, hauptsächlich für Erwerbslosenunterstützung, 1926: 101 Millionen, hauptsächlich für Hochwasserschäden und 10 Millionen für die Hohenzollernabfindung, 1927: 60 Millionen. An Anleihen hat Preußen drei innere und zwei amerikanische Anleihen aufgenommen. Aus Anlehnmitteln sind 358 Millionen Mark Ausgaben bestritten worden und 343 Millionen Mark eingenommen. Die Anleihen erfordern eine effektive Verzinsung von 6,7 und 8,3 Proz. Verwendung wurde ihr Erlös nur für produktive Zwecke, für die Domänen, die Restorierungen, den Ausbau der Elektrizitätswerke, der Häfen und Bergwerke, ferner für den Häuserbau und 40 Millionen für die Verstärkung des Kapitals der Preußentasse. Auf dem Gebiete der Restorierungen leisten wir jetzt tatkräftigere und entschlossener Arbeit als jemals vor dem Krieg. (Bravo! links.)

Ueber die Schwierigkeiten, die bei Preußens amerikanischen Anleihen entstanden sind, möchte ich im Plenum nicht ausführlich sprechen. (Hört, hört!) Ich will nur hervorheben, daß der produktive Zweck der Anleihen und die Finanzkraft des preußischen Staates von niemandem, auch nicht vom Reichsbankpräsidenten, legendäre bezweifelt worden ist.

Im Jahre 1927 hätte ohne die Besoldungserhöhung der preußische Etat einen nicht unerheblichen Ueberschuß ergeben. Denn gegenüber dem Voranschlag ergaben die Betriebseinnahmen 10 Millionen mehr, die Steuerüberweisungen des Reichs 12 Millionen mehr, die Hauszinssteuer ein Mehr von 4,8 und die Grundsteuer ein Mehr von 1,2 Millionen. Insgesamt hätte der Mehreingang an Steuern 40 Millionen und die tatsächliche Verbesserung des Abschusses gegenüber dem Voranschlag 50 Millionen ergeben. Dazu kam eine Minderausgabe von 50 Millionen Mark, hauptsächlich durch Ersparnisse des Innenministeriums bei der Polizei. Dem stehen jedoch gegenüber 102 Millionen neue Besoldungsausgaben und 60 Millionen außerplanmäßige Ausgaben, so daß wir jetzt mit einem Fehlbetrag von 62 Millionen rechnen, der sich aber hoffentlich noch etwas ermäßigen wird.

Die Aufstellung des neuen Etats hat im Staatsrat wegen seiner Klarheit und Uebersichtlichkeit allgemeine Anerkennung gefunden. Unter Abzug aller durchlaufenden Posten sieht der gereinigte Bruttoetat für 1928 so aus: Einnahmen: 2160 Millionen, Ausgaben: 2232 Millionen. Die Einnahmen zerfallen in vier große Posten: Ueberweisungen durch das Reich 861 Millionen, mehr als im Vorjahr 85 Millionen; eigene Steuereinnahmen 570 Millionen, mehr als im Vorjahr 45 Millionen, hauptsächlich Hauszinssteuer, Betriebsüberschüsse 244 Millionen, Verwaltungseinnahmen der

Hofverwaltungen 483 Millionen. Bei den Ausgaben erfordert die Besoldung mehr 205 Millionen, die Erhöhung des Druckschulden 9 Millionen, die Geschäftsbedürfnisse 15 Millionen infolge Erhöhung der Mieten und des Postens, die Schulausgaben 20 Millionen, infolge Steigerung der Kinderzahl — diesen Betrag sparen die Gemeinden —, die Fürsorge 10 Millionen und die Verzinsung der Staatsschuld 11 Millionen.

Das Gleichgewicht im Etat wird nur durch höhere Ueberweisungen vom Reich oder rückichtslose Abstriche zu erreichen sein.

Der außergewöhnlich hohe Aufwand für Personalausgaben hat den Ruf nach der Verwaltungsreform erneut verstärkt. Unsere Bemühungen um Zusammenlegung der Lokalbehörden und Entlastung der Provinzialinstanzen haben bisher beim Landtag leider wenig Gegenliebe gefunden. Trotzdem setzt das Staatsministerium seine Bemühungen in dieser Richtung fort; es hat bereits vor Monatsfrist beschlossen, von allen Ressorts eine Aufstellung über Ersparnisse an Personalausgaben zu fordern. Ohne eine Verwaltungsreform schwer durchzuführen sein. (Sehr wahr! links.) Darin liegt die große Bedeutung der Januar-Konferenz, von der wir einen wesentlichen Fortschritt erwarten.

Ueber die Lage der Preuentasse werde ich morgen eingehend berichten. Für den Wohnungsbau stellen wir im Jahre 1928 387 Millionen bereit.

Es wurden gebaut:

1924:	77 000 Wohnungen
1925:	55 000 "
1926:	93 000 "
1927:	129 000 "

Im kommenden Jahre werden wir der Wohnungsnot noch wirksamer entgegenzutreten und hoffen dabei auf die weitere Hilfe der Sparkassen und der öffentlichen Pfandbriefanstalten.

Im allgemeinen sind die Finanzen Preußens durchaus fest und gesund. Wir hoffen, in gemeinsamer Arbeit mit dem Landtag Preußen diese feste Grundlage zu erhalten. (Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Die Etatsdebatte beginnt am Donnerstag.

Kleinere Vorlagen.

Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Brückengebühren für Kraftfahrzeuge wird nach Ausführungen des Berichterstatters Abg. Schlachtmann (Soz.) und kurzer Debatte nach den Ausschlußbeschlüssen in beiden Lesungen unverändert angenommen.

Der Antrag des Landwirtschaftsausschusses nach Vorlegung eines Gesetzentwurfes, der das betäubungslose Schlachten der Schlachttiere verbietet, wird auf Antrag des Berichterstatters Abg. Dr. Hagemann (D. Sp.) an den Ausschuß zurückverwiesen.

Der Antrag des Verkehrs-ausschusses, bei der Reichsbahn auf Tarifermäßigung für den Tier- und Güterverkehr einzurwirken, wird angenommen, ebenso die Anträge auf Förderung des Brückenbaus über die Saezuppe (Dstr.) und des Bahnbauers Rosenburg-Heiligenfeld-Zinten-Eslau-Domnau.

Die Anträge des Landwirtschaftsausschusses auf Förderung der landwirtschaftlichen Produktion durch Moor- und Dehlandkultur zur Erweiterung der Anbauflächen und Ausbau des ländlichen Volkshutens werden angenommen. Ebenso ein Antrag, die Rotlage des Heilbades Soden im Taunus zu prüfen und eventuell staatliche Mittel bereitzustellen.

Nach kurzer Debatte wird sodann der Gesetzentwurf über den Ausbau des Stettiner Hafens in zweiter und dritter Lesung nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtreifes Emden wird dem Gemeindevorstand überwiesen.

Es folgt die Besprechung der Ausschlußberichte über die Notverordnung des Staatsministeriums betr. den Staatsvorbehalt bei Steinkohlen- und Erdölorkommen. Berichterstatter ist der Abg. Osterroth (Soz.), der dem Hause die Annahme der Verordnung empfiehlt. Die Verordnung wird nach der Aussprache, an der sich Vertreter aller Parteien und der Handelsminister Dr. Schreiber beteiligten, mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Rechtsparteien und Kommunisten angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag, den 15., mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Aussprache über den Gesamtetat für 1928.

Drei Milliarden Flottenbauprogramm.

Amerika droht mit Aufrüstung — oder Vorbereitung der Aufrüstung!

Washington, 14. Dezember.

Marineminister Milbur unterbreitete dem Kongreß heute sein Flottenbauprogramm, dessen Kosten auf 700 Millionen Dollar geschätzt werden. Der Bau von 25 Kreuzern, 9 Zerstörern, 32 U-Booten und 5 Flugzeugmutter Schiffen ist vorgesehen.

Im Falle der Einberufung einer internationalen Konferenz zur Beschränkung der Seerüstungen würde der Präsident die Genehmigung zur Einstellung der weiteren Bautätigkeit erteilen.

England gibt den Wettkampf auf.

London, 14. Dezember.

Im Unterhaus erklärte in Beantwortung einer Anfrage der Erste Lord der Admirals: Für die englische Regierung enthalte das neue amerikanische Flottenbauprogramm keinen Grund, ihren Einfluß rückgängig zu machen, den ursprünglich vorgesehenen Bau von zwei Kreuzern aufzugeben.

Reaktionäre Militärreformer unter sich.

Belgische Sozialdemokratie beteiligt sich nicht an der Decreeskommission.

Brüssel, 14. Dezember.

Der Generat der Sozialistischen Partei hat erklärt, es sei nicht angängig, daß Mitglieder der Partei eine Beratung in die gemischte Kommission zur Beratung der Heeresfragen annehmen.

Internationale und Völkerbund.

Paris, 14. Dezember. (Eigenbericht.)

Im „Populaire“ beschäftigt sich Blum mit der Frage des Verhältnisses zwischen der sozialistischen Internationale und

dem Völkerbund. Er führt aus, daß zwei Extreme vermieden werden müssen. Die Sozialisten dürften nicht alle Kräfte für den Völkerbund konzentrieren und dadurch der Internationale ihre Lebensfähigkeit nehmen. Sie dürfen aber auch nicht den Völkerbund systematisch bekämpfen und ihm nur Mißtrauen entgegenbringen. Der Völkerbund könne seine Aufgaben, die in der rechtlichen Schlichtung internationaler Streitigkeiten, der vertraglichen Regelung von Entzonen und der Abrüstung bestünden, nur mit Hilfe und unter dem Druck der Internationale erfüllen. Deshalb müsse die Internationale, ohne die sozialistischen Endziele aus dem Auge zu verlieren, den Völkerbund aufrichtig unterstützen und ihn bei seinen Arbeiten zu lenken versuchen.

Keine Truppenansammlung!

Militärattachés berichten über polnisch-litauische Grenze.

Genf, 14. Dezember. (Eigenbericht.)

Die englischen, französischen und italienischen Militärattachés in Warschau und Kowno, die die Grenzverhältnisse im Wilnagebiet in Augenschein zu nehmen hatten, haben ihre Aufgabe beendet und, wie vereinbart war, an Briand Bericht erstattet. Sie versichern, daß überall Ordnung herrsche und keinerlei Truppenansammlungen stattgefunden haben.

Ein Heereshaushalt von 40 Prozent.

Konstantinopel, 14. Dezember.

Der türkische Haushalt für 1928 balanciert mit dem Gesamtbetrag von 206 Millionen Pfund. Er sieht an Ausgaben für die Wehrmacht 82 Millionen Pfund, das sind rund 40 Proz., für Eisenbahnbau 37,7 Millionen Pfund, das sind rund 18 Proz. des Gesamthaushaltes, vor. Die türkische Presse erläutert die hohen Forderungen auf diesen beiden Gebieten mit den Worten: Sicherheit und Einheit. Die Türkei, die nicht Mittelteil des Völkerbundes ist, sehe ihren Unabhängigkeitskampf fort. Für diesen Zweck müßten immer neue Einkünfte gefunden und neue Opfer gebracht werden.

August Schmelzer schwer belastet.

Ueberraschende Aussage seiner Schwester: er hat das Gewehr erst zusammengesetzt!

F. Kl. Frankfurt a. d. O., 14. Dez. (Eigenbericht.)

Die Entlastungsoffensive der Verteidigung im Arensdorfer Totschlagprozess hatte am Mittwoch morgen mit dem Angriff auf die Glaubwürdigkeit eines 13jährigen Knaben begonnen. Sie wurde am Nachmittag mit einem Angriff auf die Urteilskraft der Geschworenen fortgesetzt. Eine immer größere Zahl von Arensdorfer Zeugen wird aufgerufen, um über Wahrnehmungen auszusagen, die sie möglicherweise im Hinblick auf die Geistesverfassung des August Schmelzer gemacht haben könnten. Mehrere von ihnen haben mit dem traurigen Helden freundschaftlichen Verkehr, mit ihm Stat oder Billard gespielt. Sie alle versichern, daß der Brave „meist ganz gemütlich“ war, nur gelegentlich sei er ein wenig angeregt gewesen, besonders wenn er im Spiel verloren hatte. Von den angeblichen Tobsuchtsanfällen hat keiner aus eigener Beobachtung etwas wahrgenommen. Nur Hörensagen können sie weitergeben, und die Quelle dieser Meldungen ist immer wieder die Familie der Angeklagten.

Die Rede von der Geisteskrankheit des Stahlhelmschützen hat ganz augenfällig schon seine suggestive Wirkung im Dorfe ausgeübt. Da ist zum Beispiel der 19jährige Schmiedegeselle Hönoch, der einzige, der gewagt hat, dem August Schmelzer in dem Bestreben, ihm die Schußwaffe zu entreißen, entgegenzutreten. Dieser nicht unsympathische junge Mann hat bisher in allen Vernehmungen ausgesagt, man habe ihm, als er bei dem Ringen um die Waffe um Unterstützung bat, zugerufen: „Laß ihn nur laufen.“ Obwohl der Vorsitzende aus den Akten feststellt, daß Hönoch früher nie diese Worte gebraucht habe, während seine sonstigen Äußerungen dieselben geblieben sind, bleibt er heute darauf bestehen. Es ist also nabeiliegend, daß das Wort „wahnsinnig“ nachträglich in seiner Erinnerung eingefügt worden ist.

Mehrfach ist angeregt worden, einen Lokalkonferenz in Arensdorf abzuhalten. Das Verbot hat sich zu dieser Anregung bisher ablehnend gestellt. Aber trotz einer großen Karte, die im Saale hängt, scheinen noch viele Differenzen in bezug auf Entfernungsschätzungen, Standorte und Hörmöglichkeiten vorzuliegen, daß die volle Aufhellung des Tatbestandes schwierig sein dürfte, wenn den Geschworenen nicht die Ortsbesichtigung ermöglicht werden sollte.

B. S. Frankfurt a. d. O., 14. Dezember.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Tagung des Schwurgerichts erklärte der Richter Graf, einer derjenigen Dorfbewohner, die in unmittelbarer Nähe August Schmelzers waren, als die Schüsse fielen, daß die Worte gerufen hätten: „August, schieß doch, hau sie taust!“ Die ersten beiden Schüsse waren zwar in der Richtung auf die Reichsbannerleute, aber etwas schräg nach oben abgefeuert worden. Dann habe August Schmelzer neue Patronen aus der Tasche geholt und wieder geschossen. Nach dem dritten Schuß hörte der Zeuge einen Knall.

Ein Geschworener: Richte denn der Vater seinen Vorwurf, seinen Sohn zu hindern?

Zeuge: Nicht im geringsten.

R. M. Julliusberger: Warum taten Sie es nicht?

Zeuge: Leben Sie hier mal in dem Dorf als Fremder, wo hier jeder eine Meinung hat, obgleich ich gar nicht politisch eingestellt bin. Sie waren doch alle gegen das Reichsbanner, waren mit Forken, Seilen und Säbelen ausgerüstet. Wenn ich das getan hätte, dann stünde ich jetzt sicher nicht hier. Wer da nicht von derselben Meinung war, wie der Stahlhelm, z. B. die Rot-Front-Leute, die wurden immer überfallen und verprügelt.

Zahlreiche weitere Zeugenaussagen brachten keine wesentlichen neuen Einzelheiten. Der Arensdorfer Arzt Dr. Kuffroff, der übrigens nicht in Anspruch genommen war, meinte, daß die Reichsbannerleute sich nicht lauter benommen hätten, als andere Autotransporte.

Terrorregime in Arensdorf.

Der Besitzer Weinberg hat sich auch nicht getraut, August Schmelzer das Gewehr zu entreißen.

Den Landwirt Bolte, der erst ziemlich zurückhaltend aussagte, fragte Rechtsanwalt Julliusberger, ob er nicht unmittelbar nach der Tat in Gegenwart mehrerer Berliner Rekonstrukteure weitere Einzelheiten angeben könne. Daraufhin gab der Zeuge zu, was er auch damals erklärt hatte, nämlich, daß der alte Schmelzer, noch bevor sein Sohn das Gewehr hatte, gerufen habe: „Schlagt die Hände tot, jaß sie zum Ort hinaus.“ R. M. Bloch: Warum haben Sie denn das nicht beim Untersuchungsrichter gesagt? Zeuge: Da habe ich nicht daran gedacht. Auf die weitere Frage, warum er denn dem August Schmelzer nicht das Gewehr weggenommen habe, erklärte Bolte,

er habe Angst gehabt, daß ihm dann der Vater mit der Forke über den Kopf hauen würde.

R. M. Bloch: Ihr Sohn ist Mitglied des Reichsbanners, nicht wahr? Zeuge: Jawohl, er war schon ein paarmal drin, aber sie haben immer versucht, ihn rauszukriegen.

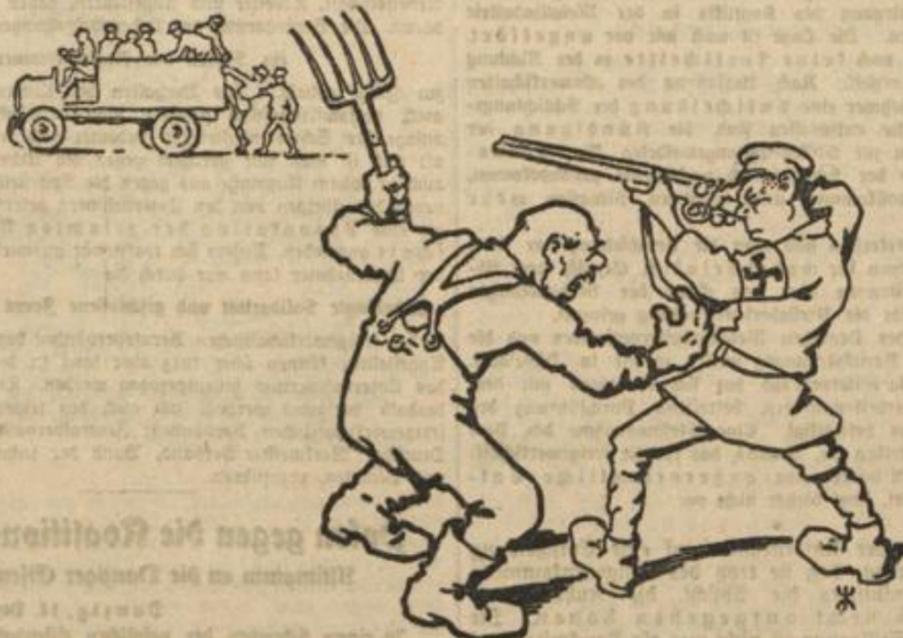
Die Bauern in Arensdorf entlassen jeden, der beim Reichsbanner ist. Die Leute werden überfallen. Meinen Sohn haben sie mit Fähen getreten und ihm die Mütze weggenommen.

Das ist aber schon vor zwei Jahren geschehen. Vorl.: Ich weiß nicht recht, ob diese ganzen Fragen hier recht zum Thema gehören. Man kann wohl als feststehend bezeichnen, daß eine gewisse politische Verbindung dort zu verzeichnen war.

Der Rutscher des Herrn v. Alvensleben.

Wiedemann, der auf Befragen der Verteidigung angab, daß er weder Stahlhelm noch Werwolfmitglied sei, schilderte die verschiedenen Aulse, die er bei der Verfolgung der Reichsbannerleute gehört habe. Zuerst habe man gehört: „Halte ihn zurück.“ „Schieß nicht.“ Später in der Bewegung habe der alte Schmelzer zu seinem Sohn gesagt: „August, tu mir den Gefallen und schieß nicht.“ Vorl.: Vielleicht haben Sie ihn mißverstanden, hat er vielleicht etwas anderes gesagt? Zeuge: Nein, das habe ich gehört. Es wurde natürlich viel durcheinander gerufen, u. a. auch: „Haut den Hund tot.“ Vorl.: Vor dem Untersuchungsrichter haben Sie von dieser angeblichen Bemerkung des Vaters aber gar nichts gesagt. Zeuge: Doch, ich habe dort alles angegeben. R. M. Julliusberger: Ist jemand an Sie herorgetreten wegen Ihrer Aussage oder haben Sie sich über den Vorfall unterhalten. Zeuge: Nein. (Auf Vorhalt sich verbeugend.) Mit Arbeitskollegen habe ich natürlich mal darüber gesprochen.

Sowohl Wiedemann als die beiden Angeklagten bestritten dann, daß Bolte, der nach seiner Behauptung dabei gewesen war, überhaupt bei diesen ganzen Vorfällen zu sehen gewesen sei.



„August, ran mit die Flinte! Zeig den Rostriehbrüdern, wie der Stahlhelm für deutsche Einigkeit kämpft!“

Hauptzeuge Hönoch.

Einer der Hauptzeugen, der Schmiedegeselle Hönoch aus Arensdorf, hatte zu Beginn der Schlichtung von einem Reichsbannermann einen Schlag über das Genick bekommen mit den Begleitworten: „Das ist die Abrechnung.“ Da er sich den Reichsbannermann ansehen wollte, vorher aber erst das Rad in Sicherheit bringen wollte, kam er erst später wieder in den Tumult hinein, als August Schmelzer schon mit dem Gewehr an der Spitze der Dorfbewohner marschierte.

Ich rannte hinter ihm her und rief: „August, du bist wohl verrückt, du darfst doch hier nicht schießen.“ Er sagte aber nur: „Sie haben mir blutig geschlagen. Ich schiese mang.“

Darauf griff ich nach dem Gewehr, aber er wurde grob, stieß mit den Fähen und spudte nach mir. Schließlich schlug ich ihm die Hände weg, bekam aber doch dann Angst vor ihm und ließ das Gewehr los. Ich hörte noch den Ruf: „Laß doch den Wahnsinnigen laufen. Zu Hilfe! Mir niemand gekommen.“ Der alte Schmelzer war bei diesem Ringkampf nicht dabei. Er kam erst später dazu. Der erste Schuß ist nach meiner Ansicht nach oben gegangen, denn ich konnte den Feuerstreich sehen.

Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß er vor dem Untersuchungsrichter nichts von „Wahnsinnigen“ gesagt habe, blieb der Zeuge bei seiner heutigen Darstellung. Auf weitere Fragen gab er noch an, daß er nach der Schlichtung aus dem Werwolf ausgetreten sei, als seine Eltern, die in der Zeitung von dem Vorfall gelesen hatten, ihm schrieb, er solle sich nicht um Politik kümmern.

Zwei weitere Zeugen, Bondarbeiter auf dem Gut des Herrn v. Alvensleben, berichteten, daß sie von den Reichsbannerleuten Schläge erhalten hätten, der eine behauptete, mit einem rölligen Gummihüpfel, der andere meinte, es wäre ein Trommelstock gewesen.

Die Vernehmung der Schwestern.

Zum Schluß wurden die beiden Töchter bzw. Schwestern der Angeklagten als Zeugen gehört. Sie blieben wegen der nahen Verwandtschaft unvereidigt. Die älteste Schwester, eine Frau Sumner, war während jenes Vorfalls gerade zu Hause. Sie schilderte, wie ihr Bruder August, nachdem er sich mit dem Reichsbanner geprügelt hatte, ins Haus eilte, um das Gewehr zu holen. Er suchte überall herum. Zunächst fand er im Schreibtisch die Patronen. Als er dann die Treppe hinaufgehen wollte, suchte Mutter ihn zurückzuhalten, aber er schüttelte sie ab und rannte die Treppe hinauf. Bald darauf kam er dann mit dem Gewehr herunter. Ich rief noch: „August, laß das doch sein!“, aber er antwortete gar nicht, sondern rannte auf die Straße hinaus. Vorl.: Wie war Ihr Bruder denn sonst? Zeugin: Manchmal war er ruhig, aber er konnte auch sehr wütend werden. — So hat er einmal bei

einem Streit mit seinem Bruder Dito erst einen Stuhl und dann auch Schirr kaputt geschlagen. Als die Zeugin einen anderen Fall schilderte, wo August mit seinem Vater aus irgendeinem nichtigen Grunde in Streit geraten war, in dessen Verlauf er seinen Vater packte, über eine eiserne Bank warf und ihn schlagen wollte, wenn ihn nicht andere zurückgehalten hätten, brach Schmelzer in Tränen aus.

Eine überraschende Aussage.

Im weiteren Verlauf ihrer Vernehmung bekundete die Schwester zur allgemeinen Ueberraschung aller Prozeßbeteiligten,

daß das Jagdgewehr des Vaters in dem Schrank in aus- einandergelegtem Zustande aufbewahrt worden war, und daß August Schmelzer es an jenem Tage zusammengesetzt hatte.

Vorl.: Das ist uns allen völlig neu. Angeklagter Paul Schmelzer: Es ist richtig. Ich hatte das Gewehr auseinandergenommen und in Feinewand gewickelt. Angeklagter August Schmelzer:

Es kann ja sein, daß es so war, in meiner Aufregung weiß ich das nicht mehr. Das Gewehr habe ich öfter in Lebus zusammen- gefügt.

Die Zeugin erklärte dann noch, daß sie nichts davon gesehen habe, daß ihr Bruder den Säbel gebraucht habe. Es sei auch unrichtig, daß der Säbel hinter der Haustür gestanden habe.

Sachverständiger Dr. Placzek, der sich auf Wunsch des Gerichts auch über den Geisteszustand des Angeklagten August Schmelzer äußern soll, ließ sich einige Ausführungen über den Zustand des Angeklagten geben. Seine Frage, ob die eigentümlich hohe Stimme August Schmelzers vielleicht irgendwelche Rückschlüsse seiner Natur zulasse, wurde von dem Sachverständigen Oberarzt Wrenn, der Schmelzer in Sorau beobachtet hatte, verneint.

Die zweite unverheiratete Schwester, die 19jährige Dora Schmelzer, betätigte im allgemeinen die Befundungen der älteren Schwester, konnte aber Einzelheiten über die Familienzenen nicht angeben, weil sie, wie sie sagte, in diesen Fällen immer schleunigt weggelaufen sei.

Um 14 Uhr nachmittags wurde die Verhandlung auf Donner- tag früh 9½ Uhr vertagt. Der Vorsitzende gab dabei gleich die weiteren Prozeßdispositionen bekannt. Danach steht es fest, daß der Prozeß nicht, wie ursprünglich in Aussicht genommen war, am Donnerstag zu Ende geführt werden kann. Heute vormittag sollen zunächst dispositivgemäß die Sachverständigen gehört, am Nach- mittag die noch übrig gebliebenen 12 Zeugen verurteilt werden. Der Freitagvormittag wird für etwa noch notwendige Gegenüberstellungen und ebenfalls noch für die letzten Zeugen freigehalten. Im Hinblick darauf sollen dann an diesem Tage die Verhandlungen beginnen. Das Urteil wäre demnach nicht vor Sonnabend zu erwarten.

Das Programm der Länderkonferenz.

Verwaltungsreform und sparsame Finanzwirtschaft.

Reichskanzler Dr. Marx übersandte dem Ministerpräsidenten der Länder die Einladung zu der Januartagung der Reichs- und Länderregierungen, die sich eingehend und grundsätz- lich mit allen einschlägigen Fragen der Verfassungs- und Verwal- tungsreform beschäftigen soll. Diese Einladung begleitet eine um- fangreiche Erläuterung, die es zwar vermeldet, bestimmte Vor- schläge zu machen, aber doch in recht unzweideutiger Weise an- deutet, was die Reichsregierung mit der Januartagung letztlich bezweckt.

Drei Punkte stehen auf der Tagesordnung der Länderkonferenz: 1. Veränderungen im gegenwärtigen Verhältnis zwischen Reich und Ländern; 2. Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamer Finanzwirtschaft; 3. Praktische Verwaltungs- reform im Reich und in den Ländern. Als Berichterstatter zum ersten Punkt sind der Hamburger Bürgermeister Petersen und der sachsenburgische Ministerpräsident von Fiedt vorgesehen. Die Ministerpräsidenten von Preußen und Bayern, Braun und Heide, haben die Korreferate übernommen. Für den zweiten

Skandal im Schiller-Theater.

Die Neujahrfeier, die das Schiller-Theater mit einiger Verpö- tung veranstaltete, wurde zum Skandal. Man spielte außer dem Gaisard-Fragment noch den Büchnerschen Wozzei. Ein großer Teil des Publikums nahm das Stück, das schon 90 Jahre alt ist, für eine Uraufführung! Man empörte sich über die natura- listische Tragik und Interpretation mit Hauschüsseln und ähnlichen Musikinstrumenten. Diese Manifestation wurde natürlich von den jüngeren Leuten als ein Akt aufgefaßt, und so endete die schöne Theaterfeier, von der noch zu reden ist, wie eine Biermütze, an der sich einige hundert komplett idiotischer Menschen beteiligten. R. A.

Punkt sind die Finanzminister von Preußen und Thüringen, Dr. Höpfer-Mohr und Tölle, in Aussicht genommen, wäh- rend die Referate über den dritten Punkt von den Innenministern Sachsens und Bayerns, Apel und Stügel, gehalten werden sollen.

Tendenzmeldungen über deutsche Städte

Der Deutsche Städtetag teilt mit: In verschiedenen Stellen ist in der letzten Zeit die Meldung aufgetaucht, die Stadt Hamburg beabsichtige, ein Stadion mit einem Kostenaufwand von 48 Millionen Mark zu errichten. Die Nachricht ist frei erfunden. In Hamburg wird überhaupt kein Stadion geplant. Andere Meldungen wollen wissen, daß angeblich von der Reichsbank inspirierte Plan, eine aus- ländische Konsolidierungsanleihe durch ein Städte- kreditat unter Beteiligung Berliner Großbanken aufzunehmen, sei gescheitert, weil dieser Plan von den Städten mit dem Verluße, neue Finanzierungsanlagen zu erhalten, verquitt worden seien. Auch bei diesem Gerücht handelt es sich um ein reines Phantasi- gebilde. Offenbar gehen alle diese Nachrichten auf eine einsei- weiten noch unsichtbare zentrale Stelle zurück. Aus der- selben Quelle stammen Nachrichten, die den Zweck verfolgen, die kurzfristige Verschuldung der Städte phantastisch hoch er- scheinen zu lassen. Die in dieser Tendenz verbreiteten Zahlen ent- behren jeder Grundlage.

Da die Handelshochschulen die Selbstverwaltung abgelehnt haben, sind die Studentenschaften der Handelshochschulen ebenso wie an den übrigen preussischen Hochschulen durch besondere Verordnung aufgehoben worden.

Untersuchungen bei der Metallindustrie. Der Geschäftsführer des Frankfurter Metallindustriellen- verbandes wurde wegen umfangreicher Untersuchungen ver- holt. Die Frankfurter Metallindustriellen sind um 100 000 M. geschädigt worden.



Wer wissen will, was für Spielachen zum Weihnachtsfest angeboten und gekauft werden, der muß sich von den Warenhäusern...

Das „Geschäft“ — der Weihnachtsmann ist den Warenhäusern nichts anderes als der Bringer eines guten Geschäftes — ist in diesem Jahre besser als im vergangenen. Und mehr als je macht es sich bemerkbar, daß die Einstellung des Publikums zur Ware eine Wandlung durchgemacht hat.

Wie immer, ist beim Spielzeug alles vorhanden. Es spiegelt das Leben. Die Kinder sollen sich ja durch das Spiel mit den Weltereignissen des Lebens auf den Kampf mit dem wirklichen Leben vorbereiten.

tarismus gestochen, wie er sich im Kinderpielzeug zeigt. Vom Indianer bis zum Gasmaskensoldat. Stahlhelme aus Pappe und Blech. Binfende und feldgraue Ausrüstungen. Trommel, Säbel und Gewehr...

Manchen Kindern wird das Märchenland des Spielwarenlagers im Warenhaus eine Erinnerung bleiben, die am Weihnachtsabend Behmut in die kleinen Herzen senkt. Denn im Innern des gutmütig dreinschauenden Weihnachtsmannes, der im Lichtloche eines bekannten Warenhauses aufgestellt ist, steht ja die ernste Symbolfigur der Gültin Industrie.

Selbstmord eines Bierzehnjährigen.

„Ich will euch keine Schwierigkeiten mehr machen.“

Das furchtbare Kapitel der Kinderelbstmorde ist um einen neuen rätselhaften Fall reicher geworden. Er spielte sich unter erschütternden Begleitumständen am Nordufer ab, wo der 14jährige Schüler Werner Förster vor den Augen der Mutter in den Kanal sprang.

Nach den bisherigen Ermittlungen scheint Werner F. aus Furcht vor einer Strafe, die er erworben haben mag, so gehandelt zu haben. Er war, wie es heißt, unentschiedigt der Schule fern geblieben und sollte heute vormittag in Begleitung seiner Mutter beim Rektor der Gemeindeschule erscheinen.

Der blonde Edelmann aus dem Baltikum

Liebesroman einer Schwedin.

Vor dem Großen Schöffengericht war der beschäftigungslose Eberhard v. Schöler wegen Unterschlagung angeklagt. Schöler, der aus dem Baltikum stammt, hat schon eine Reihe von Strafen und stand auch schon einmal unter der Anschuldigung der Bigamie.

Vor einigen Jahren lernte v. Sch. in Stockholm eine 25 Jahre ältere Frau, die geschiedene Ehefrau eines Generaldirektors, kennen. Diese Frau, die schon erwachsene Kinder aus der ersten Ehe hatte und zum zweiten Male mit einem Rumänen verheiratet gewesen war, verliebte sich sterblich in den kaum 30 Jahre alten blonden Balten.

Ehescheidung mit Hindernissen.

Vor der 23. Zivilkammer des Landgerichts III stand eine Ehescheidungsache zur Verhandlung, die Folgen zeitigte, wie sie wohl selbst in dem wilde Szenen gewohnten Gerichtsgebäude nicht alltäglich sind.

Faßmüde man sagen, daß es gut wäre, bei Ehescheidungsprozessen, in denen Ehemann oder Ehefrau schon während der Ver-

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Und Dimitrij lachte freundschaftlich, froh und aufrichtig. „Ich muß mich krankhaken, Serjoscha. . . Du bist ein unergiebiger Komiker, bei Gott.“

„Nun — was, Hauptmann? . . . Ein schöner Spaziergang in dieser Teufelsnacht? . . . Wenn uns die Kleinbürger sehen würden — würden sie sagen: das ist ein lustiges Bäckchen, das sich geschickte Kerle!“

Dimitrij lachte, aber seine Stimme hatte einen Sprung. Sergelj schien es, als ob er nicht lachte, sondern vor Sehnsucht und Trauer zitterte und etwas sagen möchte, was menschliche Worte nicht auszudrücken imstande sind.

„Ja, ja . . . es ist sehr lustig! . . . Es tut mir nur leid, daß du, Serjoscha, diesem unterhaltigen Spiele, das Erziehung heißt, nicht beiwohnen wirst. Ich hätte es so gern gehabt, sehr gern, Serjoscha. . . Wir würden uns an unsere Kindheit erinnern. . . Erinnerst du dich an unsere Kindheit. . . Ich möchte, daß du jetzt, in dieser Stunde, das Bewehr auf mich anlegst. . . Vielleicht würdest du es jetzt sofort tun? . . . Eure Kollertammern sind ärger als jene dunklen, unheimlichen Nächte, die ich schon in meiner Kindheit so gefürchtet habe. . . Ich will nicht, daß man meine Seele dort verpflanze. . . Komm mit mir, Serjoscha! . . . Komm mit — bis zum Schluß: es wäre sehr schön. . . Ein Sujet für ein Epos. . . Zwei leibliche Brüder, die in unerklärlichem Widerspruch sind, vereinen zwei Tropfen Blut in einen. . . Wie? Ist das nicht verlockend? Nicht romantisch?“

Eine Stadtpatrouille kam ihnen mit schußbereitem Bewehr entgegen.

Schleppendes Tempo.

1. Mit beharrlichen Schritten.

Man sah aus den Fenstern des Verwaltungsgebäudes der Fabrik geradeaus auf dem Bergabhang das Haus des Klubs „Komintern“. (Am Tage waren dort nur Jungkommunisten, sie verbrachten ihre Zeit mit Turnen, nach-armig, nachts im Tricot.) Und dort, in der lustigen Ferne, spannten sich vom Fuße des Berges bis zum Gipfel hinauf — wie Saiten straff — die Schienen des Bremsberges.

und sich emförend, trocken zwei Laufkörbe. Von weitem sind sie klein wie Schildkröten und gleiten langsam und leicht über die Schienen: fünf Minuten hinauf, fünf Minuten hinunter. Sie treffen einander jede Viertelstunde. Hinauf — ein leerer, hinunter — ein in regelmäßigen Stapeln mit Holz beladener. Man sieht, wie die Räder auf dem Drahtseil hin und her schwingen. Und von dem Bergrücken bis zur Förderbahn fahren über den abschüssigen Bergabhang, über die festgewaltete Straße, Postautos und Wagen hin und her. Dort und im Wald arbeiten Arbeiter der Forstverwaltung, und Arbeiter des Wertes leiten die Arbeit des Bremsberges.

Gjeb, als Vertreter der Arbeiter, ist den ganzen Tag in der Fabrikleitung. Dort sitzen die vom Volkswirtschaftsrat zugewiesenen Spezialisten, die den Betrieb des Wertes nicht kennen. Sie sitzen dort seit einem Jahre und studieren noch immer das komplizierte System des Betriebes. Sie sind glatt gekämmt, blaß vor lauter Reinlichkeit und tragen noch Krawatten. Alle sind glatt rasiert wie Engländer, hellblond. Man kann sie nicht auseinanderkennen. . . Aber was sie hinter den Eichenschreibtischen tun, warum sie leise, halb flüsternd sprechen, ist nicht zu verstehen. Ihre Gesichter sind sachlich-kalt, und sie sehen Gjeb mit einer trüben Frage in den Augen an (so sieht man ihn auch im Volkswirtschaftsrat an), und sie beantworten seine Fragen zuerst mit stummem Staunen und später mit seltsamen halbblauen Worten, durch Zigarettenrauch und nachlässigen Mühsiggang hindurch. Und diese Worte verstand Gjeb nicht, er verstand nur ein Wort, das ihm schon längst verhaßt war: „Industriebureau!“

Gjeb gab in der Zelle einen Bericht, und es wurde beschlossen, ein ausführliches Referat der Fabrikleitung vor einer allgemeinen Versammlung der Arbeiter zu verlangen. Man beschloß, alles zu versuchen, um die Zustände aufzudecken, und wenn man alles erklärt haben würde, auf eine Revision durch die Arbeiter- und Bauerninspektion zu bestehen. Gjeb studierte selber bis zur Uebermüdung, um überall einzudringen: Ziffern, Berichte, Bücher, alte Dokumente, Anweisungen und Pläne, gab sich mit Worten nicht zufrieden. In den ersten Tagen folgten die schweren Hände ihm nicht, er hatte das Gefühl, als befäme seine Zunge Schwielen vom vielen Anfeuchten der Finger beim Umbalättern. Er wurde ganz toll und die Arbeit war vergebens — er verstand nichts in diesem Schutzhäusen von Zahlen und Tabellen. Die Fragen wurden von den hellblonden, glattrasierten Spezialisten sehr höflich beantwortet, und während der Antwort sahen sie ihn mit einer erstaunten Frage in den Augen an,

und hinter der Frage war ein geschickt versteckter Spott und eine zinkende Verachtung. Und mit diesen, sorgfältig ihre Souberkeit beschühenden, glattrasierten Spezialisten war auch Gjeb höflich, sprach selber halbblau, flüsternd und stellte dumme Fragen, die ein Rädeln der Spezialisten hervorriefen. Aber andere Fragen, über die er Nächte hindurch nachdachte, beunruhigten auch sie, machten sie stuhig, und sie antworteten immer wieder nur dasselbe: „Industriebureau . . . Volkswirtschaftsrat . . . Zementzentrale . . . Arbeits- und Landesverteidigungsrat.“

Gjeb sah zum Fenster hinaus, sah auf die Arbeit des Bremsberges, studierte die Fragen des Wertes, die eigentlich die Spezialisten wissen sollten, und rechnete, wieviel Holz man bis zum neuen Jahre vom Wald zustellen wird.

Ein Kubikfußchen — in einer halben Stunde. Im Tag bei doppelter Schicht 24. Im Monat 600 und bis zum Ende des Jahres — 4800. Das ist zu wenig: das wird die Krise nicht lösen. Der Bremsberg muß den ganzen Winter arbeiten.

Das Holz kam vom Fuße des Berges zum zweiten Bremsberg: wie Schildkröten, eine nach der andern, trocken die Laufkörbe vom Werk in die Berge und von den Bergen ins Werk, einander ausweichend: hinauf leer, hinunter mit Holz beladen. Unten, wo die Laufkörbe sich vom Stahlseil abknüpften, wurden sie zum durchsichtig aus Eisenstäben geflochtenen Turm gestochen, von dort aus stürzten sie sich freischend durch den Aufzug in die Unterwelt: hinunter — mit Holz, hinauf — leer. Und am Grunde des schwarzen Loches, wo die Schienen in verzweigten Straßen und Gassen sich wanden, wurden die Laufkörbe durch Seile aufgefängen, verschwanden im Dunkeln und von dort aus trocken ihnen leere Laufkörbe entgegen und stiegen mit dem Aufzug in die Höhe, in die Öffnung, wo das Licht hoch oben in blauen Fegen zitterte.

Und auch dorthin ging Gjeb, und wenn er dort war, wurde er von dem elektrischen Summen der Räder, dem Klingeln und Quietschen der Laufkörbe, von der raschen Arbeit der von Arbeit trunkenen Arbeiter berauscht. Er warf die Dokumente und Tabellen auf die Erde und stürzte sich in den Arbeitstrubel. Und sah, daß die Arbeiter andere Gesichter hatten — nicht mehr typhös-aufgedunsene, sondern sonnenverbrannte und verschwitzte, und in ihren Augen war eine Anspannung und ihre nackte Brust leuchtete vor Müdigkeit. Wunderbar ist das! Auferstandene Arbeit! Blut, das nicht mehr erkalten kann!

(Fortsetzung folgt.)

Handlung übermäßig robiote und zornige Äußerungen von sich geben, die Scheidungskandidaten nach vollzogenem Urteil unter schuppiger Bedeckung in Sicherheit zu bringen. Wenn die Methode von gestern Schule macht, wird es freilich vor der Scheidungskammer wenig erquickliche Szenen geben.

Liliputaner beim Feuerwehrball.

Der schimpfende Schlichtermeister.

Vor den Potsdamer Geschworenen stand gestern der 23jährige Chauffeur Eduard Alban, um sich wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu verantworten. Drei Jahre lang war der Angeklagte mit der Liliputanertruppe Scheuer als Chauffeur durch Deutschland gefahren. Ueberall wurden seine Kleinen freundlich aufgenommen. Im letzten August hielten die Liliputaner ihren Einzug in Belgien. Am Sonntag, dem 22. August, fand eine kleine „Gala-Vorstellung“ statt, und dann verführten einige der kleinen Herrschaften Tanzgelüste: Alban zog mit fünf Liliputanern ins Schützenhaus Belgien. „Behaure, Sommerachtsball der Freiwilligen Feuerwehr Belgien, geschlossene Gesellschaft!“ Aber die Belgier nahmen trotzdem die Kleinen freundlich auf. Bald führten die Honoratioren die Püppchen im Chorleiste hin und her. Nur der Schlichtermeister Karl Schmidt aus Belgien machte gegen die Zulassung der Zwergen keinen Widerspruch. „Reichthümlich“, „Fingerringe“, „Baubanden“, das waren seine Worte, die dem Liliputanerchauffeur zu Ohren kamen. Mit den Worten: „Was haben Sie auf meine kleinen Dornen gesagt?“, stellte er den Schlichtermeister zur Rede. Ein Liliputaner versuchte, A. zu beruhigen, besaß aber dafür eine Ohrfeige. Dies gab das Signal zu einer wilden Klapperlei. Die Feuerwehrherren nahmen Partei für den Kleinen, und der Angeklagte wurde auf die Straße gejagt. Später kam es auf dem Marktplatz nochmals zu Streitigkeiten, wobei Alban eine Pistole zog. Die Regel drang dem Schlossereibesitzer Fritz Reihler aus Belgien in die Stirn und verletzte ihn so schwer, daß er am nächsten Tage verstarb. Der Chauffeur entfloh und wurde nach zwei Tagen verhaftet.

Ob Belgien war zur Verhandlung geladen, und zwischen der frühen Landbevölkerung sah man sie und da ein bloßes Zwergengesicht auftauchen. Aber am kleinsten war der Schlichtermeister Schmidt geworden. Wegen ihn trat halb Belgien auf; denn hätte er nicht „Reichthümlich“ gesagt, wäre der Sommerachtsball auch mit den Zwergen vergnügt zu Ende gegangen!

Alban wurde zu insgesamt 2 Jahren und 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Ferner wurde auf Einziehung der zur Tat benutzten Waffe erkannt. Drei Monate und zwei Wochen wurden von der Untersuchungshaft als verbüßt erachtet.

Frau Doktor und ihre Kunigunde.

Zahlreiche Belzwohrenhandlungen und Modegeschäfte wurden von einer Käuferin gebrandschagt, die wertvolle Sachen ausludte und sie unter dem Namen „Frau Dr. Groß“ zurücklegen ließ. Nach dem Weggang der angeblichen Käuferin, die immer eine Begleiterin bei sich hatte, entdeckte man das Fehlen eines kostbaren Gegenstandes. Einmal war es ein Blauluchspelz, das andere Mal ein Bismutputz oder ein Maulwurfsloch oder eine Persiansacke oder ein helles Kostüm. Schließlich wurde diese raffinierte Ladendiebin in der Person der 23jährigen Frau Gertrud Rehlitz erwischt, die unter ihrem Mädchennamen Dada schon wegen ähnlicher Verbrechen neunmal verurteilt ist. Die Diebstähle wurden mit blühender Geschwindigkeit ausgeführt. Eine Verkäuferin betonte, daß sie bei dem Erscheinen der beiden Frauen gleich Verdacht gefaßt hatte. Es fiel ihr auf, daß die eine ihren Pelz offen trug, deshalb ließ sie sie nicht aus dem Auge. Trotzdem mußte sie der Verurteilung einen verlangten Gegenstand herüberbringen, möglich gewesen, den Diebstahl auszuführen. Gleich darauf hatte sich die „Kundin“ auf einen Stuhl gesetzt, wobei sie sich den Pelz aufschleppte. Jedoch erst nach dem Weggang wurde der Verlust entdeckt. Obwohl sämtliche Zeugen die Angeklagte wiedererkennen, bestritt sie alles. Auch ihre Freundin Kunigunde, die schon abgeurteilt worden ist, hatte ein Geständnis abgelegt. Diese Angeklagte konnte erst jetzt abgeurteilt werden, weil sie in Herzberge durch einen Sprung aus dem Fenster im ersten Stock heraus entwichen war. Kunigunde wollte sie überhaupt nicht kennen und sie meinte auch, daß bei den zwei Zeugen eine Verwechslung mit ihrer Schwester Franziska vorliege, die ihr vollkommen ähnlich sehe und ebenfalls „vorstehende Backennochen“ habe. Das Schöffengericht hielt die gefährliche Ladendiebin in zwei Fällen für überführt und verurteilte sie zu 3 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Werbekundgebung für die weltliche Schule.

Eine von der „Freien Schulgemeinde Prenzlauer Berg“ veranstaltete „Feier- und Werbestunde“ versammelte einen großen Kreis von Freunden der weltlichen Schul-erziehung im „Elysium“ in der Danziger Straße. Die schlichte, aber einladende Stunde erhielt ihren künstlerischen Gehalt durch die Musikdarbietungen der Herren Franz Doll (Klavier) und Ogeff und Walter Venus (Cello). Nach einleitendem Orgelspiel und dem gemeinsam gesungenen Lied „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ hielt die Landtagsabgeordnete Genossin Wegscheider eine Ansprache, in deren Mittelpunkt sie den Gedanken der Menschheitsverbrüderung stellte. Es sei ein Zeichen stehender Kraft, wenn die Bewegung es wagt, unbedünnt um traditionelle Formen, auf ihren Festen einen neuen Geist zu entzünden. Während die verlassenen Kirchen nur noch alte, der Welt abgewandte Menschen in sich sehen, vereinigen die Feiertunden der weltlichen Kämpfer junge, das Leben bejahende Menschen. Ihnen ist auch das herannahende Weihnachtsfest ein Fest des Glaubens an das Edle und Gute im Menschen, der in denen, die sich jedem Schritt hemmend in den Weg stellen, erlitten ist. Heut sind sie noch die Mächtigen der Erde, aber schon flammte in die Finsternis ihrer Welt das Ideal eines schönen, stolzen und aufrechten Menschentums. Aus dem Schoß der weltlichen Schule werden die

neuen Menschen steigen. Mühselig und hart ist ihre Arbeit für einen wahren Frieden und für eine echte Demokratie. Was die Säger der Menschlichkeit und der Demokratie — Gerrit Engelke und Wolt Wilmann — in ihren Hymnen befangen haben, muß durch das solidarische Handeln aller Werttätigen Wirklichkeit werden. Die begeisterten Zuhörer sangen gemeinsam das Lied „Wann wir schreiten Seit an Seit“, und ein Orgelspiel gab der Stunde, die der weltlichen Schule neue Anhänger zugeführt hat, den Ausklang.

Arbeiterwohlfahrts-Weihnachtslotterie

Film- und Vortragsabende über Sozialpolitik

Freitag, den 16. Dezember, 1911, Uhr, in Charlottenburg, im Saal des Deutschen Krankenhauses, Berliner Str. 137.
Sonntag, den 17. Dezember, 1911, Uhr, im Kino Ballschneider, Badstr. 16 (Gesundbrunnen).
Sonntag, den 17. Dezember, 1911, Uhr, im Hause des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Linienstr. 196/197.
Dienstag, den 20. Dezember, 1911, Uhr, im Saalbau Friedrichshain.

„Mutter Fürsorge“

ein packender Film aus dem Wirkungskreis der Arbeiterwohlfahrt
Vortragende: Dr. Frh Schloß (Bezirksamt Kreuzberg), Stadtverordnete M. Lodenhagen, Stadträtin A. Weyl, Frau S. Bronsky
Eintrittspreis 25 Pfennig, aber für Inhaber eines Loses der Arbeiterwohlfahrt freier Eintritt

Karten und Lose an den Abendkassen, im Bezirksamt für Arbeiterwohlfahrt, Einbeulstr. 3. Lose außerdem in allen Kaufmannsstellen, bei Bethel und in allen durch Lotterienplakate kenntlich gemachten Stellen.

Rein Portier.

Die Radtänzerin und ihr Leipziger Durchfall.

Es ist eine alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu, und wenn sie lustig passieret, der sucht den wahren Schuldigen dabei. In diesem Fall war aber der wahre Schuldige nicht zu finden, weil er tatsächlich nicht dabei gewesen war. Und eben deshalb ist das ganze Malheur passiert.

Eine der am meisten „besprochenen“ Radtänzerinnen erlitt in Leipzig einen argen Durchfall. Die Sachsen sind eben heile, und so haben sie sofort erkannt, daß die berühmte Künstlerin nicht nur ohne jede Bekleidung, sondern auch ohne jedes Können auftritt. Infolgedessen haben sich die braven Leipziger andere Tänzerinnen mit weniger Nacktheit und mehr Langkunst angesehen und haben Fräulein Kelly gemieden. Und so erlebte das Leipziger Kabarett mit seiner Radtänzerin eine arge Enttäuschung und leere Kassen. Nun war die Radtänzerin an den Einnahmen des Kabarets beteiligt. Da die Hälfte von Nichts auch Nichts ist, bekam sie eben Nichts. Folglich ließ sie aufs Varieté-schiedsgericht und verklagte hier den Direktor auf Schadensersatz. Sie behauptete, daß der Direktor an dem Durchfall schuld gewesen sei. In dem Vertrag zwischen Kelly und dem Direktor war ausdrücklich vorgesehen, wieviel Musiker dieser zu stellen hatte, daß er eine großzügige Reklame machen müsse und daß vor allen Dingen ein Portier zu engagieren sei. Der Direktor hatte getreu seinen Vertrag eingehalten. Nur den Portier hatte er nicht engagiert. Und nun behauptete die Radtänzerin, daß der fehlende Portier die Schuld an dem Risiko trage. Und damit hat Kelly eigentlich nicht ganz Unrecht. Denn wenn ein handfester Portier an der Haustür gestanden hätte, würde eben keiner der Gäste haben hinauskönnen, als die Tänzerin ihre Kunst versappte. Beteiligt hätte der Portier sogar ein paar Gäste von der Straße aus in das Lokal reinkommen lassen und so dafür sorgen können, daß die berühmteste deutsche Radtänzerin nicht auch noch in einem Lokal tanzen muß, das von allen Gästen entleert ist. Aber wie gesagt, der Direktor glaubte ohne Reinschmeißer auskommen zu können und hatte keinen Portier engagiert. Damit aber hatte er gegen den Vertrag verstoßen und mußte zur Zahlung der Konventionalstrafe verurteilt werden. Die Verhandlung hat jedenfalls gezeigt, wer der wichtigste Mann beim deutschen Kabarett ist.

Der Herr Pastor will nicht mitmachen — ?

Immer häufiger wird bei Leichenbestattungen auf die Mitwirkung eines Pastors verzichtet. Da sollte eigentlich jeder Pastor froh sein, wenn man ihn noch um eine Leichenpredigt bittet. Der Potsdam-Niederschönhauser Sängerkor „Zukunft“ (Mitglied des deutschen Arbeiter-Sängerbundes) erzählt uns von einem Pastor, der bei der Bestattung eines durch Freitod aus dem Leben geschiedenen Chormitgliedes einige Lust gezeigt haben soll, die von der Familie bestellte und von ihm zugeworfene Leichenpredigt zu verweigern. Nicht die „Sünde“ des Freitodes verurteilte den Pastor. Rahm er Anstoß an dem Gesang, mit dem der Sängerkor die Feier einleitete? In der Leichenhalle lang vor dem ausgeführten Sarg der Chor die beiden ersten Strophen des Liedes „Wenn sich zwei Herzen scheiden“. Alles harrte des Redners, der nun sprechen sollte. Ein Schwager des Toten verließ die Halle und kehrte bald darauf zurück mit der Meldung: „Meine Herren, ich bitte Sie, nicht mehr zu singen. Der Herr Pastor weigert sich, zu sprechen.“ Es kam nicht so schlimm, und die Sorge war unbegründet. Nach einer weiteren Unterredung des Schwagers mit dem Pastor nahm dieser das Wort zu seiner Predigt. Man hat uns aber, daß die Rede des Pastors verlegend gewirkt habe. Vermutet wird, daß es ihn vielleicht bedrückte, zwischen zwei roten Fahnen stehen zu müssen. Sollte es wirklich in Berlin Pastoren geben, die sich hierdurch aus dem Gleichgewicht bringen lassen? Und kann angesichts der Abwendung immer größerer Massen von der Kirche ein Pastor noch so läppig sein, aus Rücksicht bei Leichenbestattungen die Mitwirkung zu verweigern? Wir wiederholen: solche Pastoren mögen froh sein, wenn sie noch zur Mitwirkung aufgefordert werden.

Unfall des Berlin-Münchener D-Zuges

7 Personen verletzt.

Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Nürnberg ist gestern nachmittag gegen 17½ Uhr die Lokomotive und ein Packwagen des Schnellzuges D 40 in der Nähe von Lichtenfels entgleist. Der nachfolgende Personenwagen wurde beschädigt. Sieben Personen sind als verletzt gemeldet. Als Ursache des Unfalles wurde festgestellt, daß der von Lichtenfels kommende Güterzug bei der Einfahrt auf einen auslaufenden Leerwagenzug anstieß und einen Wagen dieses Zuges gegen den Schnellzug warf. Der Präsident und der Betriebsdirektor der Reichsbahndirektion Nürnberg haben sich an die Unfallstelle begeben.

Lindbergh in Mexiko-City gelandet.

New York, 14. Dezember.

Lindbergh ist heute nachmittag 2.30 Uhr (etwa 7.30 Uhr mittlereuropäischer Zeit) auf dem Flugplatz in Mexiko-City eingetroffen und glatt gelandet. Auf dem Flugplatz hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden. Sämtliche Mitglieder des Kabinetts, an ihrer Spitze Präsident Coles, und der amerikanische Botschafter sowie zahlreiche Deputierte und Senatoren und prominente Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Handel und Industrie waren erschienen. Lindbergh hat den 2000 Meilen langen Flug trotz der ungünstigen Witterungsbedingungen in sehr guter Zeit zurückgelegt.

Weihnachts-Ausstellungen.

Kunst geht nach Brot, und wo gute und kunstliebende Menschen ein Plätzchen frei haben, da sieht man jetzt zur Weihnachtszeit Bilder und Graphiken und all die Produkte kunstgewerblichen Fleißes.

Im Berliner Frauenklub, Schillstraße 3, findet eine kleine Weihnachtsausstellung statt, die hauptsächlich von Heimwerkerinnen bestritten ist. Charakterpuppen und Kissen, hübsche Leinwand, hübsch-zarte Kinderkleider und ganze Erfindungsausstattungen; Holzschneide, Radierungen, hübsche Buchbinderarbeiten und anderes mehr. Die Frauen, die all diese hübschen Kleinwerke verfertigt, rekrutieren sich in der Hauptsache aus dem früheren Mittelstand. Dem praktischen Erwerbsteien stand die Frau der vorigen Epoche etwas weit fremd gegenüber. Was sie gelernt hatte, war nett, aber herzlich unruhig, und sie fand im Beruf der Hausfrau und Mutter ihre einzige Erfüllung. Nun packt Frau Sorge laut und vernehmlich an ihre Tür. Was sie so mit Heimarbeit verdienen, das reicht nicht her und nicht hin.

Im Enzeumklub, Bülowplatz 8, haben Mitglieder des Klubs und der Kunstgruppe ihre Arbeiten ausgestellt. Sehr hübsch wirken die Holzschneideillustrationen zu E. L. Hoffmanns Erzählungen und eine Bilderreihe aus Peer Gynt von Ruth Michaels, die auch mit guten Porträts, und Zeichenstudien aufwartet. Daneben noch wirklich gute Arbeiten von Eisenmetz, Reifferscheid und vielen anderen Künstlerinnen in Aquarell, Graphik und Kleinplastik.

Im Berliner Rathaus haben die Kunstwerkstätten von Tom Ruschalla ihr Heim aufgeschlagen und werden in wirklich guten Malereien und kunstgewerblichen Arbeiten um die Kunst des Sublimes. Alle Lager und Richtungen malerischer Weltanschauung sind hier vertreten und es ist ein hundertfaches Bild künstlerischen Erlebens, das sich dem Besucher darbietet. Daneben die hübsche Kleinplastik des Kunstgewerbes mit den zierlichen Flecht- und Stuck- und Stoffarbeiten, die mit viel Phantasie und Talent aus unscheinbarem Material oft wahre Wunderdinge erleben läßt.

Das große Wettlaufen.

Das Wettlaufen war nach Tacitus die besondere Spezialität der alten Germanen. Es lagen bekanntlich auf dem Vortrieb und tranken immer noch eins. Dieser alkoholgemachten Tradition ist der deutsche Spieler treugeblieben. Der Stammtisch kann seinen Aufgaben, soll heißen „Belangen“ nur gerecht werden, wenn er in angefeuertem Zustand sich befindet. Diesem Umstand trägt ein geschäftstüchtiger Berliner Unternehmer Rechnung, wenn er folgendemahen informiert:

Rest! Café Rest!
Stimmung! Stille Preise! Humor!
Vom 10. Dezember bis 31. Dezember 1927
Großes Preistinken!
Jeder Gast erhält in dieser Zeit für
jedes Glas Bier 1 Marke.
1 Preis: 1 Gans — sowie 5 weitere gute Preise.

Solch eine Gelegenheit, sich im alkoholischen Wettbewerb gründlich vollzulassen, sollten die nationalen Verbände nicht ungenützt vorübergehen lassen!

„Penthesilea“-Neueinstudierung verlegt. Wegen Erkrankung eines Hauptdarstellers muß die für heute angelegte Neueinstudierung der „Penthesilea“ am Staatlichen Schauspielhaus verlegt werden. Gegeben wird dafür um 19 Uhr „Peer Gynt“.

Weihnachtsmässiger der Kriegsbeschädigten. Im Mercedes-Palast, Utrechter Straße, konnte kein Apfel zur Erde fallen, so dichtgedrängt sah und stand das Publikum, das sich zur Vorweihnachtsfeier des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen am geistigen Sonntag eingefunden hatte. Mit einer Phantasie aus „Lohengrin“, gespielt vom 1. Berliner Bondonion-Orchester, wurde die Feier eröffnet. Mit schöner Empfindung sang hierauf der Eisenbahn-Sängerbund, Berlin, das „Sanctus von Schubert, ein russisches



Ihre Festfreude steigt



wenn beim Backen alles gut geraten ist. Auch Sie werden mit Ihren guten und reichlichen Zutaten nicht gern experimentieren, sondern lieber mit dem wundervollen Gefühl der Sicherheit backen wollen, das Ihnen

Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ verbürgt. Es gibt keinen besseren Beweis der Zuverlässigkeit, als die Tatsache, daß sich „Backin“ seit über 30 Jahren glänzend bewährt hat. Was Millionen von Hausfrauen wissen und schätzen, darf Ihnen nicht unbekannt bleiben. Backen Sie

zu Weihnachten daher mit Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ nach dem neuen farb. illust. Rezeptbuch, Ausg. F., das Ihnen viele neue Anregungen bietet. Sie lesen darin auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. Verlangen Sie das Buch in allen einschlägigen Geschäften für 15 Pfennig, wenn nicht vorrätig, gegen Einsendung von Marken von

Dr. August Oetker, Bielefeld.

Ladenverkaufspreise: Backpulver „Backin“ 1 Stück 10 Pfg., 3 Stück 25 Pfg., Puddingpulver Vanille-Mandel 10 Pfg., Vanillin-Zucker 5 Pfg., Vanillin-Sobropulver 5 Pfg., Galla-Schokoladen-Puddingpulver 15 Pfg., Mandelkern-Puddingpulver 20 Pfg., Schokoladenpulver mit gehackten Mandeln 25 Pfg., Kirsch-Puddingpulver 30 Pfg., Gattein 25 g 15 Pfg.

Im Berliner Hausbrennereiwesen kommt nur Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ zur Verwendung.

Wolfslied von Kampf und im weiteren Verlauf der Darbietungen noch diese fröhliche Volkslieder. Besonders wirkungsvoll brachte der Chor „An der schönen blauen Donau“ von Johann Strauß zum Vortrag. Es folgten dann Gesangsstücke von Mitgliedern der Staats- und Städtischen Oper. Den zweiten Teil des Programms eröffnete die Begrüßungsansprache des Vereinsvorsitzenden Max Abelung. Nach einem stottern Marsch trat jetzt der Humor in seine Rechte in Gestalt seiner würdigsten Vertreterin, Claire Walhoff, die mit ihrer prächtigen Kehle die Zuhörerlichkeit in beste Laune versetzte. Der Klavierhumorist Bill Rosen setzte das Auflockerungswert seiner Vorgängerin würdig fort.

Rose-Theater: „Goldhähnchen Himmelfahrt“. Das ist das Märlein vom bösen, hoffärtigen Prinzchen, das seinen Eltern und dem ganzen Hof viel Kummer bereitet. Und es wird krank, aber trotzdem nicht zahm; dem Hofnarren, der ihm mit seinem lustigen Schind-Schnack die Zeit vertreiben will, wirft es seine Schellenkappe aus dem Fenster und zerdrückt ihm seinen schönsten Ruchknäuel, und der Arzt mit dem heilsamen Tränkelein kriegt dieses samt Behälter an den Kopf. Und nun macht Goldhähnchen eine lange Leidensfahrt durch Winternächte und Schneegestöber, und keiner mag es aufnehmen, sogar der gute, alte Petrus verweigert ihm den Eingang durchs Himmelstor. Und da wird es plötzlich klein, ganz klein und artig und gelobt neuerlich Beförderung. Dann macht es auf und liegt wieder zu Hause in seinem Bettchen. Ein böser, aber recht heilsamer Traum, denn aus dem garstigen Prinzchen ist nun ein braves, artiges geworden. Das Märchenhafte ist wohl zu sehr ins Kirchlich-Legendarische gezogen: zwischen oben und unten herrscht der reinste Vaterunserverkehr, indem unangelehrt einer herabsteigt oder nach oben befördert wird. Sehr nett die Weihnachtsstube im Himmel mit der großen weihnachtlichen Geschenkfabrik und die Beförderung der Lieberkinder — diesmal per Rodelbahn — zu den kleinen Empfängern. Auch das improvisierte Puppen-Theater gefiel. Ge spielt wurde gut, und das zahlreich erschienene kleine Publikum amüsierte sich vortrefflich.

Zirkus Busch. Das Dezemberprogramm des Zirkus Busch ist gut zusammengestellt, zeigt künstlerische Höchstleistungen und ein Reizgestück, das reichlich Beifall fand. Eingeleitet wird das Programm mit dem Aufmarsch der von Carl Hüb bestellten Pferdegruppe. Die Hühler-Hühler-Girls folgen mit einem Bank-Bottom-Lanz. Ausgezeichnet sind die spanischen Akrobaten Tamotas. Die wohlhabende Gruppe 3 Artanos zeigen ungewöhnliche Leistungen an Balancestangen. Das Reizgestück hat Adolf Steinmann aus alten Erzählungen über den Wildschützen Andreas Klostermeier gestaltet.

Unter dem Namen hayerischer Hiesel lebt dieser Wildschütze noch heute in den Erzählungen der Gebirgsdörfer weiter. Der Hiesel hatte den Grünröcken (schärftsten Kampf) angefangen, doch in den weiten Bergwäldern das Bild ab und schenkte es den armen Bauern, deren Feld durch Wild zertrampelt wurde, ohne daß sie sich gegen den Wildschaden wehren durften. In langsamem Tempo wird der Kampf der Bauern gegen die fürstlichen Jäger und Landjäger aufgezeigt. Das Stück ist als Volkstheater aufgefaßt, auch der Humor kommt nicht zu kurz. Die Rollen sind mit Darstellern aus den Münchener Theatern besetzt. Victor Martel spielt den Hiesel. Er versteht es, den Wildschützen lebenswahr vor uns hinzustellen. Beim letzten Bild fällt die einheitliche Handlung auseinander, weil ganz unmotiviert das Ballett in nicht zum Stück passenden Kostümen in die Handlung eingereiht wird. Der Beifall war sehr stark.

Elite-Sänger (Theater am Rottbuser Tor). In ihrem reichhaltigen Dezemberprogramm bringen die Elite-Sänger als Einleitung ein Polpouri von Bernhard Croce, das von den Herren Rief, Raumann, Rottini und Becker vorzüglich gesungen wurde. Aus dem vielseitigen Spielplan sei nur einiges erwähnt; so das Genrebild „Der Frauen“ von Richard Schwarz. Als ausgezeichnete Prologkomiker in seiner Szene „Der Tanzmaharadscha“ muß Alfons Bornemann genannt werden. In seiner jüdischen Vortragsweise gefiel wie immer Scharf Ruffelt, der stürmischen Beifall fand. Ein Schwank „Ein Hochzeitsgeschenk“ sowie ein Intermezzo „Eine Frühlingsmächtnacht“ und ein Lebensbild „Weihnachtsdoktor“ wurden durch langanhaltenden Beifall belohnt. Auch Musikdirektor Hermann Blügel sowie den übrigen nicht genannten Mitgliedern der Elite-Sänger gebührt volle Anerkennung.

Die Jugendweihen der weltlichen Schulen im Bezirk Lichtenberg finden Sonntag, 18. und 25. März 1928, im Festsaal des Reform-Realgymnasiums an der Parlaue statt, und zwar: Sonntag, 18. März, 10 Uhr, die Jugendweihen der 34. Schule; Sonntag, 18. März, 13 Uhr, die Jugendweihen der 37. Schule; Sonntag, 25. März, 10 Uhr, die Jugendweihen der 35. und 38. Schule; Sonntag, 25. März, 13 Uhr, die Jugendweihen der 36. Schule. Der Vorbereitungstermin beginnt am 17. Januar 1928 in der Zeit von 16-17 1/2 Uhr. Anmeldungen werden entgegengenommen in der 34. Schule, Scharnweberstr. 19, von Herrn Rektor Lens; in der 35. Schule, Plattenstr. 29, von Herrn Rektor Schilder; in der 36. Schule, Friedbergstr. 71, von Herrn Rektor Sanger; in der 37. Schule, Nachstr. 12, von Herrn Rektor Uebe; in der 38. Schule, Kollektstr. 12, von Herrn Rektor Wölferling; außerdem beim Genossen A. Kalesch, Gästnerstr. 6. Bei der Anmeldung ist das Einschreibgeld von 0,50 M. zu entrichten. Anmeldungen von Kindern, die nicht die weltlichen Schulen besuchen, halbiert ermäßigt.

Funkwinkel.

Mit einer Gegenüberstellung von Naturalismus und Idealstil beginnt Dr. Franz Leppmann seine Vortragsfolge „Die Richtungen der Poesie“. Er bezeichnet den Naturalismus als den Jungbrunnen, in dem sich immer wieder die Dichtung erneuert. Oedipus, König Lear, Jugendwerke Goethes und Schillers tragen naturalistische Züge. Das Gegenteil ist der Idealstil, der nicht die Wirklichkeit geben will, sondern Erhöhung der Wirklichkeit. Die Rhythmus des Verses ist ein Mittel dazu. Charakteristisch bleibt der Übergang Goethes und Schillers von der Prosa zum Vers beim Eintritt in ihre idealistische Periode. Leppmann nennt auch den Expressionismus einen idealistischen Stil. Dr. Friedrich Zuther schildert in der Reihe „Das Seelenleben der Jugendlichen“ die Liebes- und Freundschaftsbeziehungen des jungen Menschen. Er sieht das Charakteristische in dem Betonen des Geistigen und in dem Wunsch des Sichanschiebens. Der Jugendliche übersteigert immer den Wert der geistigen Persönlichkeit, sieht den Gegenstand seiner Liebe stets unter idealem Gesichtspunkt. Beide Vorträge sind in ihrer Form und Gedankenföhrung für das Verständnis eines großen Publikums zugeschnitten. Die Beispiele sind einfach gewählt und allen verständlich. Anders Anton Ruh, der Conferencier des „Oesterreichischen Abends“, der ein Brillantfeuerwerk von Bonmots losläßt, von geistreichen Gedanken spricht, sehr geschliffen spricht, aber keine Rede im Grunde nur für einen kleinen Kreis hält und gar nicht auf die Masse der Hörer Rücksicht nimmt. Das Schönste an diesem Abend ist das Funtorchester unter Szell bei Handl und Mozart. Dann Julius Brandt, der aus Restroy und Arzenaruber liest mit kernigem Humor, mit Bitterkeit und melancholischem Anflug. Ueber dem Abend liegt eine müde heitere und trotzdem etwas müde Stimmung, etwas von Schützlerischer Entladung, die erst bei Mozart und Johann Strauß abklingt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Wolken mit einzelnen Schneefäden, Temperaturen weiter sinkend; mäßige bis kräftige Winde aus nordöstlichen Richtungen. — Für Deutschland: Am Morgen wolken mit zerstreuten Schneefäden, weiter nach Osten zunehmende Bewölkung des Wetters mit nur geringen Schneeschauern. Temperaturen östlich der Weier mehrere Grade unter Null.

Auch bei alten Gallensteinen



Lebertrankeil. Gallenblaseentzündung. Gelbsucht. Herz, Darm, Magen-Erkrankungen. Krämpfe. Appetitlosigkeit. Blasenleiden. Blasenentzündung. Blasenblutungen. Nierenleiden. Nierenentzündung. Blutung. Zuckerkrankheit. Gicht. Rheumatismus. Stropheln. Krämpfe. Erbrechen. Stuhlverstopfung. Hämorrhoiden. Zur Beseitigung der Kopfschmerzen. Schwindel. Schläfrigkeit. Übernahrung. Zur Körperreinigung.

Stern-Engel-Zee, ein reines Harnsäurezerstörungs- und Aufschlössungsmittel. Auf die der Kranke empfindende Wirkung wird aufmerksam gemacht. Versuchsproben und empfindlich. Nur in Apotheken erhältlich, wo nicht, dann durch unsere Versandapotheke. Preismaterial durch „Stern-Engel-Zee“-Geschäftsbüro, Bad Schandau (Elbe), gratis.

Geschenk-literatur
Ganzleinen geb. mit Deckelprägung

ADOLPH HOPFMANN
AMORETTEN
Giftpflanzen aus dem Irrgarten der Liebe — 104 Seiten stark. —
V. Pädagogen, Aerzten, Juristen und Presse glänzend beurteilt

Spätherbsblüten
Gereimie und unger. Lebensbilder
Mit Portrait u. Faksimile des Verfassers, sowie 6 Vollbilder u. Siegelvignette auf Kunstdruckpapier von WILLI STEINERT

Jedes Buch 2 M. Porto u. Verkostet gebd. 2 M. packg. 0,25 M.

Zu beziehen durch:
Sämtliche Vorwärts-Ausgabestellen und deren Botenfrauen

Einem gesunden Schlaf
und damit eine Kräftigung des ganzen Nervensystems erzielen Sie nur durch den echten **Baldravin**!

Patententz. gesch. unter Nr. 327668. Er enthält sämtliche Extraktivstoffe d. Baldrian-Wurzel in kräftigen Säuere gelöst. Alle Nachahmungen, die als ebenso gut angeboten werden, weisen man verschied. zurück.

Zu haben in Apotheken und Drogerien.
Hersteller: Otto Stumpf & Co. Chemnitz.

Meiner Kundschaft nur das Beste!

Feinster herber Apfelwein, zur Bowle	Ltr. 0.80
Feinster süßer Apfelwein, ca. 12%	Ltr. 0.75
Feinster süßer Dessert-Obstwein, ca. 14%	Ltr. 0.95
Feinster süßer Johannisbeerwein, ca. 12%	Ltr. 1.05
Primo Erdbeer- und Kirschwein süß	Ltr. 1.45
Ech'ter Tarragona, süß	Ltr. 1.35
Ech'ter ge'tech. Oesserwein, süß	Ltr. 1.40
Ech'ter feiner Malaga, süß	Ltr. 1.60
Primo Wermuthwein	Ltr. 1.35
Ech'ter Sanato- und Insel-Samos	Ltr. 1.90
Ech'ter Douro-Portwein, süß	Ltr. 2.80
Ech'ter Pepsinwein, für Kranke	1/2 Ltr. 1.30

Liköre-Weinbrand-Jamalka-Rum-Punsche

Feinster Tafel-Aquavit	Ltr. 2.95
Feinster Weinbrand Verschnitt *** Stern	Ltr. 3.20
Feinster echter Weinbrand *** Stern	Ltr. 4.20
Alle Sorten Edel-Liköre bis 38%	Ltr. 4.45
Jamalka-Rum Verschnitt, 38%	Ltr. 3.95
Jamalka-Rum Verschnitt, 45%	Ltr. 4.45
Jamalka-Rum Verschnitt, 55% (Teorum)	Ltr. 5.20
Feinste Punsche 32%	Ltr. 4.45

Weißweine, beste Qualitäten, pro Flasche ohne Glas von 1.15 an
Rot- und Bordeaux-Weine, pro Flasche ohne Glas von 0.95 an

Größtes Spezialgeschäft seiner Art in Deutschland.
Verkauf direkt vom Faß. Kostproben kostenlos!

Eduard Süßkind

Likörfabrik und Weingroßhandlung
Hauptgeschäft: Brunnenstrasse 42.

Berlin, Mollaterstr. 144	Steglitz, Schlaibstr. 121
Berlin, Gussowstr. 78	Spandau, Potsdamer Str. 23
Berlin, Paterburger Str. 60	Pankow, Wollankstr. 68
Berlin, Köpenicker Str. 87	Waidlitz, Berliner Str. 13
Berlin, Grünauer Str. 15	Moabit, Wiltschauer Str. 75

Soblenberg, Kolonnenstr. 9, Ecke Fiedlerstraße.
Charlitz, Wilmersdorf Str. 167 | Oboch, Wilhelmshofstr. 40

Kranke, Flaschen usw. werden geliebt!



HALPAUS

Hier weiß man was man hat!

Halpaus ist mehr als ein bloßer Firmenname.
Halpaus ist in Raucherkreisen zu einem Begriff geworden.
Halpaus heißt höchste Qualität.
Halpaus heißt etwas Besonderes.

Der Beweis hierfür:
Halpaus RARITÄT
IN ORIENT-FACON

4 Pfg.

ARNAUD

ALPAUS RARITÄT

No. 250

Profite des Königs Alkohol.

Bei Schultheiß-Pagenhofer 15 Proz., bei den Ostwerken 12 Proz. Dividende.

König Alkohol ist der trügerische Freund aller Uebermütigen und Schwachen. Der Schultheiß-Pagenhofer-Ostwerke-Konzern ist die mächtigste deutsche Industrielombination, die daraus ein großes Geschäft gemacht hat.

Die Interessengemeinschaft der beiden Konzerne Schultheiß-Pagenhofer-Ostwerke A.-G. stellte bisher das am meisten verschachtelte Konzerngebilde in Deutschland dar. Die Auffassung einer Anzahl von Einzelunternehmen aus der Brau- und Spiritusindustrie, dem Mälzengewerbe, von Hefe- und chemischen Fabriken, das Eindringen in die Maschinen-, Bau- und Zementindustrie verwickelte nach außen hin immer mehr die inneren Zusammenhänge des finanziellen Riesensbaus. So gut der Konzern auch organisiert schien, so haben sich doch in den letzten zwei Jahren durch das Ueberwuchern der Konzernbureaucratie erhebliche Mängel herausgestellt, die zu wichtigen Umarbeitungen geführt haben. Das Ziel der Neuorganisation bildete die gruppenspezifische Zusammenfassung der großen Zahl von Einzelunternehmen. Nach vollzogener Umstellung haben sich jetzt fünf große Gruppen herausgeschält:

- Brauereien (sämtlich bei Schultheiß-Pagenhofer vereinigt), Mälzfabriken (Kahlbaum-Kantrowicz), Hefe- und Spiritusfabriken (Bereinigung von neun Hefewerken in der W.-H.-G.), Mühlen (Schleifische Mälzwerke A.-G.), Bau und Baustoffgruppe (Schleifische Zement-Industrie A.-G., Heß u. Franke, Industriebau A.-G.).

Die folgende Tabelle kennzeichnet die finanzielle Entwicklung der Konzerne.

	Schultheiß-Pagenhofer A.-G.			Ostwerke A.-G.		
	Kapital	Beteiligungen	Dividenden	Kapital	Beteiligungen	Dividenden
30. 6. 25	25,0 Mill.	1,1 Mill.	10%	25,0 Mill.	27,4 Mill.	10%
30. 6. 26	38,5	5,2	15%	25,0	29,3	12%
30. 6. 27	38,5	10,1	15%	25,0	37,6	12%
Jan. 28	44,0	-	-	-	41,7	-

Die wichtigste Umschichtung hat bei den Brauereien stattgefunden, indem die Ostwerke A.-G. ihre sämtlichen Schleifischen Brauereien an Schultheiß-Pagenhofer abtrat und damit selbst zu einer reinen Holdinggesellschaft geworden ist, d. h. keine eigene Produktion mehr betreibt, sondern nur Beteiligungen verwaltet. Als Gegenwert erhalten die Ostwerke von Schultheiß 4,1 Millionen Mark junger Aktien aus der im Januar beabsichtigten Kapitalerhöhung um 5,5 Millionen. Damit erhöht sich der Aktienbesitz

der Ostwerke bei Schultheiß-Pagenhofer auf über 18 Millionen Mark oder 42 Proz. Die letzte Kapitalerhöhung von Schultheiß erfolgte bei der Fusion mit dem C. F. A. Kahlbaum-Konzern, der aber juristisch als neue Kahlbaum A.-G. wieder selbständig wurde und bei einem Gesamtwert von 1 auf 6 Millionen Mark heraufgesetzt. Die Kahlbaum A.-G. Berlin, in sich aufnahm. Damit war der gefährlichste Konkurrent für Markenlöhre unschädlich gemacht. Die Hangarme der Schultheiß-Pagenhofer-Konzerne griffen aber bereits weiter. So gelang es ihm unmittelbar nach der Umwandlung der Böhm-Brauerei in eine Aktiengesellschaft, in diesem Unternehmen Fuß zu fassen und außerdem in der Breslauer Mälzerei-Industrie seinen Einfluß zu erweitern.

Trotz der unveränderten Dividende und der wenig abweichenden Gewinnziffern ist der Jahresabluß für 1926/27 noch unvergleichlich günstiger als der vorjährige Abluß. Als Bruttogewinn erscheinen bei Schultheiß-Pagenhofer 70 gegen 66,7 Millionen Mark, von denen noch Abstrich von 47 Millionen Mark Unkosten und Steuern (größtenteils Biersteuern, die der Verbraucher zahlt) und der 6 Millionen Mark Abschreibungen sowie anderer Betriebskosten, 8,7 Millionen Mark Reingewinn verbleibt. Entsprechend für die tatsächlichen Gewinne sind jedoch die Zugänge bei den Anlagen und Beteiligungen, die abzüglich der Kahlbaum-Berie, die mit den 13,8 Millionen Mark neuen Aktien bezahlt wurden, über 6 Millionen Mark betragen. Da auch die Abschreibungen um rund 1,5 Millionen Mark stiegen, würde sich somit der tatsächliche Reingewinn auf etwa 16 Millionen Mark bei 38,5 Millionen Kapital erhöhen. Den Forderungen und Bankguthaben mit 24 Millionen Mark stehen nur 11,6 Millionen Mark Schulden und Steuer rückstände gegenüber. Bemerkenswert ist, daß die Rückstände für Biersteuern nach der Verlängerung der Stundungsfrist von 0,9 auf 4,6 Millionen Mark gestiegen sind.

Aus dem Bericht der Ostwerke A.-G., die, wie erwähnt, keine eigenen Betriebe mehr unterhält, ergeben sich auch für die beherrschten Mühlen-, Hefe- und Baugesellschaften große Gewinne. Die für die Preisentwärtung des Bieres sehr wichtige Senkung der Hopfenpreise um 40 bis 45 Proz. wird von der Verwaltung mit dem Bemerkten abgetan, daß damit nur ein Ausgleich für die erhöhten Brauerlöhne geschaffen sei. Diese Feststellung wird für die Brauereiarbeiter, die im Oktober erst durch Kampf einen wöchentlichen Zuschlag von drei Mark erzwingen mußten, also eine Erhöhung von knapp 7 Proz. erzielen, von großem Interesse sein.

Für sie ist König Alkohol eine weniger ergiebige und zuverlässige Einnahmequelle als für die Herren Großaktionäre, die mit Hof und Reifgen in den Bankfortien und in der Burgstraße ihre Herren zu schätzen wissen.

wenn es in der „Bergwerks-Zeitung“ heißt, daß es „in erster Linie auf die durchlaufenden Betriebe ankommt“, in Wirklichkeit handelt es sich um eine vielleicht noch größere Zahl von Betrieben, die heute keine Sonntagsarbeit kennen.

So erscheint es uns, daß die 26prozentige Mehrleistung der Arbeiter, selbstverständlich als eine lediglich theoretische Zahl, nicht bestritten werden kann. Eine Mehrleistung des Lohnkonsums mit 26 Proz. der gegenwärtigen Lohnsumme erscheint dementsprechend als trostlos. In der Praxis stellen sich die Dinge selbstverständlich viel komplizierter, wie dies auch von keiner Seite bestritten wird. Hier spielen auf der einen Seite Faktoren mit, die die Mehrproduktion herbeiführen; dazu gehört namentlich die Tatsache, daß heute solche Arbeiten wie Walzenwechsel, Dienpuhen, sonstige Reinigungsarbeiten usw. in den Bauen geleistet werden, während sie noch Durchführung der Berordnung in die Arbeitszeit fallen würden. Auf der anderen Seite aber kann nicht bezweifelt werden, daß die Steigerung der Produktion nicht nur durch die bloße Erweiterung der Arbeitszeit, sondern auch durch die intensivere Ausnutzung der Anlagen bei ununterbrochenem Betrieb begründet ist. Es fragt sich also, ob dieser produktionssteigernde Faktor schwerer oder leichter wiegt als die Tatsache der Reinigungs-, Walzenwechselarbeiten usw. Um das zu beurteilen, bedarf es eingehender Untersuchungen in den einzelnen Betrieben, und auch diese Untersuchung wird allein nicht ausreichen, da es sich zum Teil um solche Umstellungen handelt, die in Deutschland bisher noch nicht vorgenommen wurden. Gewisse Anhaltspunkte gibt hier allerdings die Erfahrung im Ausland. In dieser Hinsicht sei ausdrücklich auf die im gestrigen „Vorwärts“ geschilderten, für die Öffentlichkeit höchst überraschenden Erfahrungen in Amerika hingewiesen, wo der Uebergang zum Dreischichtensystem bei größerer Produktion weniger Arbeiter erfordert, die über den Lohnausgleich hinaus beträchtliche Lohnhöhungen erzielen.

Es wird ferner noch die Frage aufgeworfen, wie die Mehrproduktion abgefeht werden kann. Selbstverständlich bedeutet unsere schematische Durchrechnung der Produktionssteigerung nicht, daß man unbedingt die wirkliche Produktion steigern muß, sondern daß man ebenso gut mit einer verringerten Belegschaft die gegenwärtige Produktionsmenge erzielen kann. Wird die Verringerung der gesamten Schichtbesetzung der Eisenindustrie auf die Weise vorgenommen, daß die schlechteren Anlagen außer Betrieb gesetzt werden, so ergibt sich daraus übrigens nach einer weiteren Einsparnis- und Rationalisierungsmöglichkeit. Gegenüber den Behauptungen der Eisenindustrie, daß sie einem Mangel an Arbeitern gegenübersteht, würde diese Austeufe der besten Anlagen selbstverständlich eine produktive Lösung der Frage bedeuten.

Es ist zu hoffen, daß die deutsche Öffentlichkeit recht bald sachliche Auskunft über alle zweifelhaften Fragen bekommt. Bis dahin muß man sich mit theoretischen Berechnungen begnügen — aber lieber mit richtigen als mit falschen.

Schachts Bochumer Rede gedruckt.

Schacht auch gegen Industriekredite? — Wird die Industrie profitieren?

Die „Industrie- und Handels-Zeitung“ hat eine Zuschrift zu Schachts Bochumer Rede gebracht, die die Deffenlichkeit beachten muß. Es wird darin darauf hingewiesen, daß die Wichtigkeit der Schachtschen Rede in Bochum weniger in demjenigen Teil zu erblicken sei, der sich gegen die öffentlichen Anleihen richtete, als in der ganz allgemeinen Verwahrung Schachts gegen die Verwendung von Auslandsanleihen für Investitionszwecke der Industrie überhaupt. Aus einer Reihe von Gründen habe es nur am nächsten gelegen, den Kampf gegen die Verwendung von Auslandsanleihen für Investitionen zu Nationalisierungszwecken mit dem Vorstoß gegen die öffentlichen Anleihen zu beginnen.

Wir wissen nicht, ob diese Auslegung der Schachtschen Rede richtig ist, möchten es zunächst auch nicht glauben. Wäre sie aber richtig, so hätte sich Schacht sehr scharf auch gegen die Industrie gewendet. Die „Industrie- und Handels-Zeitung“ ist bekanntlich ein offizielles Organ, an dem nicht nur das auswärtige Amt, sondern darüber hinaus in erheblichem Maße auch das Reichswirtschaftsministerium finanziell beteiligt ist und damit auch redaktionell interessiert ist. Die Deffenlichkeit hat deshalb ein Recht, verschiedene Fragen, zu stellen: einmal an Herrn Dr. Schacht, ob die Auslegung der „Industrie- und Handelszeitung“ richtig ist, dann an die wirtschaftspolitischen Verbände der Industrie, inwieweit sie mit einer solchen Politik Schachts einverstanden wären, und endlich insbesondere an das Reichswirtschaftsministerium, was es zu tun gedenkt, wenn die Auslegung der Bochumer Rede wirklich das Richtige trifft und damit die Konjunktur gefährdet.

Welchen Wert Dr. Schacht selbst der Rede beimißt, ergibt sich aus der Mitteilung — ebenfalls in dem Artikel der „Industrie- und Handelszeitung“ mitgeteilt —, daß die Reichsbank die Bochumer Rede in deutscher und englischer Sprache habe drucken lassen. Also soll diese Rede ganz zweifellos in größerem Maßstab auch im Auslande verteilt werden. Man muß sich fragen, wozu? Und weiter, ob Herr Dr. Schacht auch die Reichstagsreden und Regierungserklärungen zu seiner Rede gleichzeitig mitveröffentlichen? Im Ausland müßten sonst deutsche Gesamtinteressen neuerlich schwer gefährdet werden!

Der Aufstieg des Konsums.

Mitgliederzahl und Umfang der Konsum-Genossenschaft Berlin in starkem Anschwellen.

Bereits im Oktober zeigte sich in der Konsum-Genossenschaft Berlin mit 3007 Ausnahmen ein überraschend starker Zustrom neuer Mitglieder. Im November wurde er aber noch übertroffen: 3182 Familien erklärten ihren Beitritt zur Genossenschaft. Der Mitgliederbestand erhöhte sich auf 140 511. Danach darf im laufenden Geschäftsjahr mit einer Mitgliederzunahme von 25 000 bis 30 000 gerechnet werden.

Wie der Mitgliederbestand, ist auch der Umsatz in ständigem Steigen begriffen; er erreichte im November 4 163 773 Mark, was gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Steigerung um 1 042 025 M. gleich 33,3 Proz. oder ein volles Drittel bedeutet. Nach dem Dezember des Vorjahres ist der diesjährige November der zweite Monat, in dem die vier Millionen-Umsatzgrenze überschritten wurde. Die höchste prozentuale Zunahme gegenüber dem Vorjahre weisen die Konsum-Warenhäuser mit 163 Proz. Steigerung auf; nur wenig stehen hinter ihnen die Fleischabgabestellen mit 98 Proz. Umsatzermehrung zurück. Die an die Wertschrift gestellten erhöhten Anforderungen machen es unabwendbar, einzelne Abteilungen zu erweitern. Die entsprechenden Neubauschritte sind bereits von der Genossenschaftsverwaltung getätigt und werden in Kürze zur Ausführung gelangen.

In der Sparkasse erhöhten sich die Einlagen in gewohnter Weise. Die Einzahlungen überstiegen im November die Auszahlungen um 509 776 M.; der Einlagenbestand belief sich am Ende des Monats auf 19 019 496 M. 2042 neue Sparkonten wurden angelegt.

Die Stundung der Banderolensteuer wird verkürzt. Der wirtschafts- und finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsministeriums haben einen Entwurf zur Verringerung der Tabaksteuererlöse beraten. Nach diesem Vorschlag soll die bisherige Stundungsfrist von höchstens drei Monaten auf 18 Tage für die Bezahlung der Banderolen bei Zigaretten auf rund zwei Monate verkürzt werden, und zwar allmählich, d. h. von Monat zu Monat um je zwei Tage. Es würde also im Laufe von zwei Jahren die Frist allgemein auf zwei Monate verringert sein. Dabei wird verfehlt, die hart umkämpfte Berordnung vom 18. Mai offenbar in das Gesetz hineinzuverleihen. Denn der Reichsminister der Finanzen soll ermächtigt werden, für die Zeit bis zum 31. Dezember 1929 die Abgabe von Tabaksteuererlösen bei Zigaretten einzelnen Betrieben gegenüber von Bedingungen abhängig zu machen. Der Vorstoß des Reparationskommissars für die verpänderten Einnahmen über hier also zwar zu der wünschenswerten Verfürgung der Stundungsfrist, deren Länge die Finanzierung der großen Fabriken gratis und franco auf Staatskosten erlaubt hatte, gleichzeitig aber auch zu einer — wenn auch befristeten — Verankerung der zwangswirtschaftlichen Maßnahmen vom 18. Mai, die zahlreiche Fabriken erheblich benachteiligt.

Die Berliner Baufirma Lerche u. Cippert, Hoch- und Tiefbau-A.-G., hat einen Auftragsbestand von rund sechs Millionen Mark, also das Sechsfache ihres Aktienkapitals. Im vergangenen Jahre wurden hauptsächlich Bauten für die Berliner Untergrundbahn, für Leuna, J.B. Farbenindustrie und Siedlungsbauten durchgeführt. Nicht mit Unrecht wird auch hier lebhaft Sorge um den Wohnungsbau im kommenden Jahre empfunden, für den bekanntlich erheblich weniger Gelder zur Verfügung stehen werden als im vergangenen Jahre.

Falsche Rechnung der Unternehmer.

Um die Folgen des Dreischichtensystems.

Vor einigen Tagen haben wir versucht, selbstverständlich unter dem Vorbehalt genauerer Nachprüfung, die Auswirkungen der Arbeitszeitverordnung und der gewerkschaftlichen Forderungen in der Eisenindustrie, so wie sie von den Vereinigten Stahlwerken dargestellt wurden, im einzelnen zu untersuchen. Dabei haben wir festgestellt, daß diese Rechnung der Eisenindustrie die mögliche Steigerung der Produktion infolge der Verlängerung der Betriebszeit, die das Dreischichtensystem mit sich bringen wird, überhaupt nicht berücksichtigt hat.

Nun beschäftigt sich die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ mit dieser Frage. Was aber dabei zur Richtfeststellung unserer Ansichten beigetragen wird, ist leider so unverständlich, daß man von einer Vermittlung statt von einer Klärung der schwierigen Frage sprechen muß. Die „Bergwerks-Zeitung“ schreibt:

„In ihrer im „Vorwärts“ Nr. 383 aufgemachten Gegenrechnung gehen die Gewerkschaften aus von einer heute in Kraft befindlichen Arbeitszeit von 2 x 9 1/2 Stunden = 19 Stunden. Sie legen nun, bei voller Durchführung der Berordnung werde die Arbeitszeit 3 x 8 Stunden = 24 Stunden betragen. Es ergebe sich somit eine Produktionssteigerung von 26 Proz. Auf dieser angeblich 26prozentigen Produktionssteigerung baut sich die Gegenrechnung auf. Diese Voraussetzung ist ebenfowenig gegeben, wie im einzelnen die Berechnungsunterlagen zureichend sind.“

In den durchlaufenden Betrieben, auf die es hier in erster Linie ankommt, beträgt die Produktionszeit heute wöchentlich 135 Stunden, während sie — die Durchführung der Berordnung vorausgesetzt — sich in Zukunft insgesamt wöchentlich auf 144 Stunden belaufen würde. Demnach würde der Zuwachs nicht 26 Proz., sondern nur 6,7 Proz. betragen, vorbehaltlich der weiter unten folgenden Einschränkungen.“

Der letzte Absatz ist ganz unverständlich. Was bedeutet, daß „die Produktionszeit heute wöchentlich 135 Stunden beträgt“? In den sechs Werktagen wird in jeder Schicht bekanntlich 57, vielleicht 59 Stunden gearbeitet. Für beide Schichten ergibt das höchstens 118 Stunden — und die Unternehmer selbst haben stets Wert darauf gelegt, Dritten gegenüber zu betonen, daß die geleistete Arbeit nicht länger währt als die bezahlte Arbeit. Wie kommt man aber dann auf 135 Stunden? Sind dabei etwa die Sonntage einbezogen? Dann darf man aber diese Zahl nicht einer zukünftigen Wochenarbeitszeit von 144 Stunden gegenüberstellen (6 x 24), sondern muß sie einer Gesamtwochenzeit von 198 Stunden (7 x 24) gegenüberstellen. Die Annahme einer Produktionssteigerung um nur 6,7 Proz. eine Zahl, die bereits in der Presse Verbreitung gefunden hat — ist deshalb nicht richtig. Außerdem ist es auch irreführend,

Creme Leodor

nach dem Rasieren Creme Leodor eine wohlthätige Wirkung für die Haut. Das Brennen und Ziehen der Haut nach dem Rasieren verschwindet sofort. Creme Leodor verleiht dem glatt-rasierten Gesicht die auch bei Herren beliebte jugendliche Frische und Geschmeidigkeit. Besonders bewährt hat sich Creme Leodor, dick aufgetragen, bei Juckreiz der Haut, Rote und Aufspinnen der Hände, des Gesichts, als sofort kühlendes und reizmilderndes unschädliches Kosmetikum. Alle unsere Chlorodont Freunde sollten nicht versäumen, diese hochwertige, herrlich duftende Creme ausschließlich zu verwenden. In allen Chlorodont Verkaufsstellen erhältlich. Tube 60 Pig und 1 Mk. Für den Weihnachtlich eleganten Geschenkarton, enthaltend: 1 Tube Creme Leodor-Hautcreme, 2 Stück Creme Leodor-Säbe, überfettete, reizlose, Feinsäbe mit elegantem Blütenduft für empfindliche Haut besonders empfohlen. Preis 2 Mk. Leo-Werke A.-G., Dresden, N. 6

In der richtigen Auswahl und richtigen Anwendung der Hauptpflegemittel liegt das Geheimnis der schönen Frau. Eine jede Dame trachtet mit allem Recht nach Erlangung eines zarten, frischen, nicht fettigen Gesichtsteints und achtet auf die sammetweiche, geschmeidige und angenehm trockene Beschaffenheit der Hände. Bei täglichem Gebrauch von Creme Leodor kann jede Dame die großen persönlichen Vorzüge genießen, welche man kurz das Geheimnis der schönen Frau nennt. Auch für Herren hat Creme Leodor sofortige Wirkung. Creme Leodor verleiht dem glatt-rasierten Gesicht die auch bei Herren beliebte jugendliche Frische und Geschmeidigkeit. Besonders bewährt hat sich Creme Leodor, dick aufgetragen, bei Juckreiz der Haut, Rote und Aufspinnen der Hände, des Gesichts, als sofort kühlendes und reizmilderndes unschädliches Kosmetikum. Alle unsere Chlorodont Freunde sollten nicht versäumen, diese hochwertige, herrlich duftende Creme ausschließlich zu verwenden. In allen Chlorodont Verkaufsstellen erhältlich. Tube 60 Pig und 1 Mk. Für den Weihnachtlich eleganten Geschenkarton, enthaltend: 1 Tube Creme Leodor-Hautcreme, 2 Stück Creme Leodor-Säbe, überfettete, reizlose, Feinsäbe mit elegantem Blütenduft für empfindliche Haut besonders empfohlen. Preis 2 Mk. Leo-Werke A.-G., Dresden, N. 6

Die Befoldungsvorlage verabschiedet!

Annahme mit 333 gegen 53 Stimmen bei 16 Enthaltungen. — Die Sozialdemokratie erklärt: „Der Bürgerblock trägt die Verantwortung für die unsoziale Ausgestaltung.“

Im Reichstag wurden gestern weiter die Schlussparagrafen der Befoldungsvorlage beraten. Dazu liegt ein Antrag der Regierungsparteien vor, wonach für die Dauer von zunächst fünf Jahren nur je drei freie oder freierwerbende Beamtenstellen eine Stelle wegfallen soll.

Abg. Steinkopf (Soz.): Bei gutem Willen der Regierungsparteien wäre eine andere Regelung dieser Frage möglich. Es ist auch noch zu untersuchen, ob dieser Antrag nicht eine Befoldungsänderung bedeutet. Die Sozialdemokratie ist nicht gegen jede Verminderung des Beamtenapparates. Aber die in diesem Antrag vorgeschlagene Regelung ist doch zu schematisch. Durch sie wird auf fünf Jahre hinaus jede Beförderung abgeschnitten. Es wäre besser, bei der Beratung des Haushalts Maßnahmen zur Verminderung des Beamtenapparates zu treffen. Der Redner begründet dann einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, wonach das Dienstleistungsmaß der Reichsbeamten grundsätzlich 48 Stunden wöchentlich beträgt. Ausnahmen sollen von der Reichsregierung mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Reichstages bestimmt werden. In den Ländern und Gemeinden ist die Arbeitszeit der Beamten bereits auf 48 Stunden wöchentlich festgesetzt. Das muß auch für das Reich möglich sein.

Abg. Koch-Weser wendet sich gegen den § 34, wonach Änderungen der Amtsbezeichnungen durch den Reichspräsidenten erfolgen sollen. Der Antrag der Regierungsparteien über die Beamtenverminderung sei undurchführbar, denn das Reich könne nicht, wie der Antrag weiter verlangt, die Vorschriften des neuen Gesetzes auf die Länder, Gemeinden und Organe des öffentlichen Rechts ausdehnen.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärt, die Regierung sei mit dem vom Abg. Koch bemängelten Antrag der Regierungsparteien einverstanden. Dieser Antrag bemühe sich, die diesen Reden über Verwaltungsreform in Latein umzusetzen. Es sei auch nicht verfassungswidrig.

Abg. Steinkopf (Soz.) beantragt, den Antrag dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Der Antrag wird mit 186 gegen 159 Stimmen abgelehnt, der Regierungsantrag in namentlicher Abstimmung mit 218 gegen 171 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Unter Ablehnung aller sonstigen Änderungsanträge werden die Schlussparagrafen angenommen.

Die einzelnen Befoldungsordnungen werden gegen Kommunisten und Wirtschaftsderegulierung angenommen.

Es folgen persönliche Erklärungen.

Abg. Scheidemann (Soz.) stellt gegenüber dem Abg. Schmidt-Hannover fest, daß er niemals ein Gehalt oder eine Pension bezogen habe, bis auch nur annähernd den hohen Pensionen anspreche, die die kaiserlichen Generale beziehen. Schon früher ist vom Reichsrat von Kassel festgestellt worden, daß der Redner als Oberbürgermeister von Kassel ein Gehalt von 8334 Mark bezogen hat. Davon hat er Jahr für Jahr ein Drittel für Wohlfahrtszwecke zur Verfügung gestellt. Auf die ihm zustehende Aufwandsentschädigung hat er während der ganzen Inflationszeit verzichtet. Da nach der jetzigen Befoldungsregelung das Oberbürgermeistergehalt auf 10 800 Mark festgesetzt ist, kann man sich ja ausrechnen, daß die Pension weit geringer ist als die hohen Bezüge, die die verabschiedeten Generale beziehen. Der Redner erklärt zum Schluß, daß er selbst für die Kürzung der hohen Pensionen eingetreten ist, der sozialdemokratische Antrag trägt ja auch seine Unterzeichnung.

Der Verlängerung des Gesetzes zur Regelung der Sozialversicherung und der Erwerbslosenfürsorge der bei Reparationsarbeiten im Ausland beschäftigten Arbeitnehmer bis Ende 1929 wird beibehalten, ebenso einer Novelle zum Versicherungsrecht für Angestellte.

Soziale Notstandsmaßnahmen.

Es folgt die Beratung des Berichtes des sozialpolitischen Ausschusses über einmalige Notstandsmaßnahmen zugunsten der Sozialrentner usw. Der Ausschuh, über dessen Verhandlungen Frau Abg. Teusch berichtet, schlägt vor, den von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Betrag von 25 Millionen Mark wie folgt zu verteilen: Einmalige Notstandsmaßnahme zugunsten der Sozialrentner, langjährig Erwerbslosen und der unterstützten ehemaligen Reichsarbeiter und Reichsangestellten: 1. für Empfänger von Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten je 9 M., für Empfänger von Kinderzuschuß- und Waisenrenten je 3 M.; 2. für Hauptunterstützungsempfänger in der Kleinrentnerfürsorge je 9 M., für Zusatzunterstützungsempfänger (Widwen, Kinder) je 3 M.; für Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenrentenfürsorge je 9 M., für Zusatzunterstützungsempfänger je 3 M.; 4. für unterstützte ehemalige Reichsarbeiter und Angestellte, soweit sie nicht unter Ziffer 1 bis 3 fallen, für Hauptunterstützungsempfänger je 9 M., für Zusatzunterstützungsempfänger je 3 M. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist vorbehaltlich einer nachträglichen gesetzlichen Genehmigung zu ermächtigen, den Empfängern von Ruhegeld, Witwen- und Waisengeld eine entsprechende Notstandsmaßnahme aus den Mitteln der Anstalt zu gewähren.

Die Abg. Frau Müller-Dittrich (Dnat.) und Frau Dr. Mah (D. Sp.) geben für ihre Fraktionen Erklärungen ab, in denen bedauert wird, daß die Kleinrentnerfürsorge noch immer nicht gesetzlich geregelt ist, und daß nur 25 Millionen zur Verfügung stehen.

Abg. Stöcker (Komm.) zur Geschäftsordnung: Wenn wie nicht die schleunige Unterstützung der Rentleidenden gewünscht, dann würden mir die Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuh beantragen, denn nach den Erklärungen der beiden Regierungsparteien scheint ein Kleinrentnerfürsorgegesetz jetzt in wenigen Tagen zu machen sein. (Heiterkeit.)

Abg. Frau Lüders (Dem.) stellt fest, daß durch die Schuld der Rechtsparteien das Kleinrentnerfürsorgegesetz jetzt nicht zustande gekommen ist.

Abg. Frau Wendtsee (Komm.) begründet einen Antrag der kommunistischen Partei, deren Erhöhung der zur Verfügung gestellten Summe und der Weihnachtsbeihilfe bezweckt.

Abg. Karsten-Beine (Soz.)

steht mit Bedauern fest, daß durch das Verhalten der Rechtsparteien jetzt eine ganz unzulängliche Regelung dieser Frage erfolgt ist. Trotzdem diese Parteien selbst die Mehrheit in der Regierung haben, bedauern auch sie, daß nicht mehr als 25 Millionen Mark bewilligt werden. Haben nicht die Rechtsparteien bei der Aufwertung für die Entrechnung der Klein- und Sozialrentner gefordert? Am 27. November erst haben sie die Vertagung des Kleinrentnerfürsorgegesetzes beschlossen. Glauben Sie (nach rechts) nicht, daß die Kleinrentner es nicht verstehen werden, welches verlogene Spiel Sie mit ihnen getrieben haben? Es wäre unbedingt notwendig, daß der Reichsarbeitsminister hier eine eindeutige Erklärung über die Stellung der Regierung abgibt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wie wollen Sie (zu den Deutschnationalen) es mit Ihrem christlichen Glauben vereinbaren, daß die Kleinrentner auch jetzt zu Weihnachten hungern sollen? Wollen Sie diese Leute ganz garande gehen lassen? Die Art, wie die Deutschnationalen erst im Ausschuh und jetzt hier operiert haben, soll nur den Eindruck erwecken, als ob sie ein nachfühlendes Herz für die Kleinrentner haben. Aber das wird Ihnen nicht gelingen! Sie haben bei allen Gelegenheiten bewiesen, daß Sie für die kleinen Leute nichts übrig haben. Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß Ihre volksfeindliche Politik bei jeder Gelegenheit entlarvt wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Scharfe Zentrumserklärung gegen deutschnationale Demagogie.

Abg. Frau Teusch (Z.) stellt mit Bedauern fest, daß durch das Verhalten zweier Regierungsparteien eine solche Diskussion entzündet worden ist. (Hört, hört!) Die Erklärung der Regierung im Ausschuh über die Vertagung des Rentnerfürsorgegesetzes ist nicht auf Wunsch des Reichsarbeitsministers, sondern auf Veranlassung des ganzen Kabinetts abzugeben worden. (Hört, hört!) Die Darstellung der Abg. Frau Müller-Dittrich, als ob der Reichsarbeitsminister die Vertagung gewünscht habe, ist also ganz falsch. Sämtliche Regierungsparteien haben sich hinter den Wunsch der Regierung gestellt, die Beratung der Kleinrentnerfürsorge erst bei der Haushaltsberatung vorzunehmen. (Hört, hört! links.) Wenn auch Frau Mah von der Deutschen Volkspartei behauptet, daß auch jetzt die berechtigten Forderungen der Kleinrentner nicht erfüllt werden, so berührt das doch sehr eigenartig, denn erst gestern im sozialen Ausschuh noch hatte sie Gelassenheit, für deren Interessen einzutreten. (Hört, hört! links.) Warum haben Sie sich denn nicht der Vertagung des Kleinrentnergesetzes widerlegt, wenn Ihnen soviel an dessen Erledigung liegt? Sie mühten doch wissen, daß es sich hier nicht um eine dauernde Regelung, sondern nur um eine einmalige Weihnachtsbeihilfe handelt.

Warum haben die Deutschnationalen nicht jetzt als Regierungspartei die Anträge für die Kleinrentner wiederholt, die sie als Oppositionspartei im Jahre 1926 gestellt haben? (Sehr richtig! links.)

Alle Parteien, bis zur Sozialdemokratischen, haben stets die Weihnachtsbeihilfen als unwürdiges Almosen bezeichnet und eine Dauerregelung verlangt. Unerhört ist es, wenn jetzt eine Frau, wie Frau Müller-Dittrich, ausspricht, und vor allem eine Unterstützung der Kapitalrentner verlangt. (Sehr richtig! links.) Wir überlassen der Deutschnationalen, darüber zu entscheiden, ob mit diesen 25 Millionen nicht wenigstens den Millionen von Sozialrentnern geholfen wird, anstatt daß nur den 340 000 Kapitalrentnern geholfen werden sollte, wie es Deutschnationale und Volkspartei wollten. (Lebhafter Beifall beim Zentrum und links.)

Abg. Schwarzer (Bayer. Sp.) stimmt der Darstellung der Frau Teusch zu.

Abg. Kädel (Komm.) regt an, man solle der Rede der Frau Teusch die Uberschrift geben: Deutsches Volk, das ist deine Regierung!

Abg. Käst (Dem.) stellt fest, daß auf der Hauptversammlung des Deutschen Rentnerbundes die Redner der Regierungsparteien den Eindruck erweckt hätten, als ob sie bei der ersten Gelegenheit eine Dauerregelung der Rentnerfürsorge durchsetzen würden. Statt dessen haben sie die Beratung des von den Demokraten eingebrachten Gesetzes verhindert. Und heute bedauern sie, daß bisher eine Dauerregelung der Rentnerfürsorge noch nicht erfolgt ist!

Ausführungen der Abg. v. Graefe-Rastenburg (Dnat.), Motdenhauer (D. Sp.), Schneider-Thüringen (Dnat.), Seiffert (bei seiner Fraktion) und Käst (Dem.) beschließen die Aussprache.

Der Antrag des sozialpolitischen Ausschusses auf Gewährung von Weihnachtsbeihilfen an Sozialrentner usw. wird einstimmig angenommen.

3. Lesung des Befoldungsgesetzes.

In der allgemeinen Aussprache erklärt Abg. Guérard (Z.) zu dem neuerdings von der Sozialdemokratie eingebrachten Antrag auf Begrenzung der Höchstpension auf 12 000 M., daß das Zentrum dem Grundgedanken dieser Forderung zustimme. Auch in der Zeit vor dem Kriege seien Höchstbezüge für Pensionen festgelegt worden. Bisher aber sei von der Regierung in dieser Frage bisher nichts erwähnt worden. Nach Berücksichtigung der Befoldungsvorlage sei eine Regelung der Höchstpensionen für politische Beamte dringender als je zuvor. Wann wird die Regierung eine derartige Vorlage einbringen? Der sozialdemokratische Antrag sei für das Zentrum nicht an-

nehmbar, da er das zu erstrebende Ziel nicht erreicht. Eine ganze Menge rechtlicher und staatsrechtlicher Erwägungen werde dadurch aufgeworfen, die Auswirkungen des Antrags seien gar nicht abzusehen. Aus diesem Grunde lehne das Zentrum den Antrag ab, es sei aber gewillt, schon in nächster Zeit das Notwendige zur Erfüllung der darin enthaltenen Forderung zu tun.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler teilt mit, daß dem Kabinett bereits ein Ministerpensionsgesetz vorlege, die Beratung solle sobald als möglich abgeschlossen werden.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) erklärt, daß Herr Guérard den sozialdemokratischen Antrag so gut begründet habe, daß man ihn ohne weiteres zustimmen könne. Der Redner befürwortet dann einige Änderungsanträge zur Befoldungsordnung.

Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernbund) begründet einen Antrag, wonach die Beamtenbefoldungsreform zurückgestellt und den Beamten zum Ausgleich ein prozentualer Zuschlag gewährt werden soll.

Abg. Hamppe (Dtsch.-Hannov.) gibt eine Erklärung ab, wonach die großen Erwartungen nicht erfüllt worden seien, die der Finanzminister bei den Beamten erweckt habe. Trotzdem werden seine Freunde der Vorlage zustimmen.

Abg. Rohmann (Soz.)

begründet den vom Redner des Zentrums bereits erwähnten Antrag: „Das Ruhegehalt darf in keinem Falle 12 000 Reichsmark im Jahr übersteigen. Ältere Gesetzesvorschriften, die dieser Gesetzesvorschrift entgegenstehen, gelten als aufgehoben.“

Herr Guérard hat heute ebenso wie im Haushaltsausschuß gesagt, daß er unserem Antrag grundsätzlich zustimme, aber daß ihm dessen Form nicht gefällt. Das erinnert an ein Wort, das früher von der Zentrumstafel gesprochen worden ist: „Selten etwas Dummes, aber immer etwas Arames.“ Wir sind bereit, über eine Änderung unseres Antrages zu reden, wenn eine Annahme nur an der Form scheitern sollte. Aber klarer und einfacher kann ich mir die Form doch nicht vorstellen, als sie dieser Antrag formuliert. Unser Antrag liegt ja schon seit Jahresfrist vor. Das Zentrum hätte also Gelegenheit gehabt, wenn es unserer Forderung auf Forderung der Pensionierung zustimmt, selbst das Notwendige zu veranlassen. Wenn Sie (nach rechts) heute unseren Antrag ablehnen, so geben Sie damit zu, daß die Kürzung der hohen Pensionen gar nicht wollen.

Abg. Puh (Komm.) erklärt, daß seine Fraktion dem Antrag der Sozialdemokraten zustimmen werde.

Abg. Erling (Z.) behauptet, daß der Zentrumsantrag auf Verminderung der Beamtenstellen der Verwaltungsreform diene.

Abg. Steinkopf (Soz.) stellt demgegenüber fest, daß mit diesem Antrag gar nichts erreicht werde. Die Sozialdemokratie sei durchaus dazu bereit, bei der Haushaltsberatung über die Vereinfachung der Verwaltung zu sprechen, wenn das in zweckmäßiger Form erfolge.

Damit ist die Aussprache zur dritten Lesung beendet.

Der sozialdemokratische Antrag, wonach das Ruhegehalt nicht mehr als 12 000 Mark betragen darf, wird in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 176 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt.

Sozialdemokratische Erklärung.

Vor der Schlussabstimmung gibt der Abg. Steinkopf (Soz.) folgende Erklärung ab:

„Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an der gegenwärtigen Vorlage unter Zurückstellung schwerer Bedenken sachlich mitgearbeitet. Nachdem ihre Forderung auf grundsätzliche Beibehaltung des schriftlichen Befoldungssystems von 1920 abgelehnt war, hat die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei mit allen Mitteln versucht, das unsoziale Klassensystem der Befoldungsvorlage zu einem sozialen Gesetzesentwurf umzugestalten. Dies ist ihr nicht gelungen. Die Regierungsparteien haben in den allermeisten Fällen verstärkt durch die Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung die Anträge der Sozialdemokraten ohne jede nähere Prüfung auch dann abgelehnt, wenn eine nennenswerte finanzielle Auswirkung nicht eingetreten wäre. So muß festgestellt werden, daß nun die Gestaltung der Vorlage allein von den Regierungsparteien zu verantworten ist. Sie allein sind auch für den sozialen Rückschritt gegenüber dem Gesetz von 1920 verantwortlich. Andererseits läßt sich gar nichts zustande, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der Endabstimmung dem vorliegenden Gesetzesentwurf die Zustimmung verweigern würde. Die Beamten der unteren und mittleren Gruppen mühten dann auf die ihnen seit Jahren versprochene Erhöhung ihrer Bezüge noch länger warten. Dazu aber glaubt die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands trotz aller von ihr nachholtig bekämpften Mängel der Vorlage nicht die Hand bieten zu können. Sie stimmt deshalb der Vorlage in der Endabstimmung zu.“

Abg. Lortz (Komm.) gibt eine Erklärung ab, wonach die kommunistische Fraktion das Befoldungsgesetz wegen seines Klassencharakters ablehne.

Der Antrag Eisenberger auf Zurückstellung der Vorlage wird abgelehnt.

In der namentlichen Schlussabstimmung wird das Gesetz mit 333 gegen 53 Stimmen und 16 Enthaltungen angenommen.

Präsident Lbbe dankt den Abgeordneten und den Angestellten des Hauses dafür, daß sie in monatelanger Arbeit dieses Werk gefördert haben. (Beifall.)

Um 20½ Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag, 14 Uhr. Abstimmung über die Resolutionsanträge zur Befoldungsvorlage. — Novelle zum Versorgungsrecht.

Und aufs Brot die frische Refi.
Refi-Stollen
auf den Tisch!

Denn diese bayerische Kernmargarine aus den B. M. B. Nürnberg vereinigt zum ersten Mal höchste Nährkraft und höchsten Wohlgeschmack: Vitamine und Alpenmilch.

Knapp daran vorbei . . .

Von Frederic Boulet.

„Lola, wirf zu Ruhe geben, während ich dir das Gesicht wasche! Und du, Jules, wirf du nicht endlich deine kleine Schwester ordentlich halten, sonst kriegt du es mit mir zu tun, das sage ich dir! Puffe, mach deine Strümpfe an, bleib doch nicht mit den bloßen Füßen auf dem Steinboden, sonst geb' ich dir eine Ohrfeige! . . . Verflücht noch mal, der Vater ist ja noch nicht aufgestanden! Er wird wieder zu spät kommen, natürlich . . .“

Frau Ursin hielt einen Augenblick inne in der hastigen Reinigung ihrer fünf Kinder und stürzte in den zweiten Raum der hässlichen Wohnung. Dort lag in einem Bett zwischen zerrissenen Bettentwürfen ein großer magerer Mann mit graubärtigem eingefallenen Gesicht und offenen jetzt schlaftrunkenen Augen unter zerrauten Haarbüscheln.

„Was gib's denn? Wie spät ist's schon?“

Rot und ungeträumt, mit erhittem Gesicht, die Hände auf den Hüften, rief sie in einer ausgewaschenen Hausjacke, schimpfte seine Frau auf ihn los:

„Und du bist noch nicht aufgestanden? Na, dank schön, der Herr läßt sich's ja gut gehen! Ich bin schon seit zwei Stunden auf! Wie spät es ist? . . . Spät genug, um zu spät zu kommen! Das ist doch wirklich eine Schande! . . .“

Wortlos war er aufgestanden und schnell in seinen abgetragenen Anzug geschlüpft. Sie fuhr aber fort:

„Jetzt ist es doch wirklich nicht an der Zeit zu faulenzeln! Du weißt sehr gut, daß du am Ende des Monats eine Zulage bekommen sollst. Wenn du aber öfter zu spät kommst, wird man sie dir nicht geben. Und was werden wir dann machen? Ich weiß schon jetzt nicht aus und ein! Puffe und Lola haben nichts mehr auf den Füßen, der Schuster unten wollte ihre Schuhe nicht mehr richten, er sagt, man kann nicht in Löchern nähen. Die Kinder können aber doch nicht barfuß laufen! Und ich auch nicht, ich habe aber auch keine Schuhe mehr; seit zwei Monaten warte ich schon darauf, mir welche kaufen zu können, gehe inzwischen in Pantoffeln herum! . . . Das kann nicht so weitergehen! . . . Und der Apotheker mit seiner Rechnung! . . . Und Céline, die immer weiter hustet! Sie muß noch den Sirup nehmen! . . . Weißt du, es ist jetzt wirklich nicht die richtige Zeit, sich eine Zulage durch Faulenzen zu verschaffen! . . .“

Boredoms, schnell, tumulte dich, schlucke rasch die Suppe und fieh, daß du weiter kommst, ich muß in die Backstube. So, da hast du dein Brot und ein Stück Wurst für Mittag. Und wenn du dir nach dem Essen den Kaffee ersparen kannst, täte ich dir eine Freude. Geh spazieren während deiner freien Mittagsstunde, und wenn du Durst hast, nimm einen Schluck Wasser, es wird dir weiter nichts schaden. Schnell, schnell, geh zur Arbeit!“

Durch Straßen voll morgendlicher Bewegtheit schritt Ursin zur Bank, bei der er angestellt war. Es war eine große reiche Handelsstadt, in der er seit sechs Jahren wohnte, und jeden Morgen machte er den gleichen Weg. Heute dachte er beim Gehen über sein Leben nach. Ein hoffnungsloses Grauen überkam ihn. Die Vergangenheit, die Zeit seiner Jugend, des Ehrgeizes und des Geldhabens, schien ihm unerträglich weit zurückzuliegen und die Erinnerung eines anderen Ichs zu sein. Er hatte alles verloren: seine Jugend in sprunghaften erfolglosen Versuchen, in unfruchtbarem Mühsal sein Geld mit eilendem Vergnügen, unvernünftigen und unüberlegten Einfällen; seinen Ehrgeiz bei andauerndem Mißerfolg. Er dachte an diese Frau, die er in einem solchen Anfall von Leichtsinne geheiratet hatte, obwohl sie weder Geld noch Bildung besaß. Wie hübsch sie gewesen war und wie sie sich verändert hatte, wie sie ihm unangenehm und immer fremder geworden war, jeden Tag mehr während ihres Lebens Seite an Seite! Und er dachte voll Entsetzen an ihr gemeinsames Elend, das zuerst noch mäßig und durch die Reste seines Vermögens verdeckt war, dann aber schamlos, trostlos, quälend wurde bis zu dem Tage, an dem ein vermögendes, ihn verachtender Verwandter, der geschäftlich in Paris zu tun hatte, ihm die schätzbare Stelle, die er jetzt bekleidete, bei sich in der Provinz anbot. Als er in der Bank seinem Arbeitsraum zuschritt, öffnete sich die Tür des Zimmers des Vizedirektors.

„Sind Sie es, Ursin?“ rief der Mann wichtigend. „Ich erwarte Sie schon. Balou, der Kassabote, ist krank, und der Chef hat gesagt, daß Sie ihn heute vertreten sollen. Das Anfall ist heute sehr wichtig, denn wir haben den Leuten. Kommen Sie herein, ich werde Ihnen alles erklären.“

Ursin trat ein und hörte ihn an. Ob er das oder jenes zu tun hatte, war ihm ganz gleichgültig. Eine Viertelstunde später verließ er die Bank mit einer großen absperrbaren Geldtasche.

Und er begann seinen Rundgang. Am Vormittag hatte er die innere Stadt abgezogen, am Nachmittag die äußeren Bezirke und die Vororte. Er ließ sich von der Adressliste führen, ohne besondere Eile, und das einfaltige Geld schwoll in der großen absperrbaren Geldtasche noch und nach an. In der Geldtasche trug er Brot und Wurst in Papier eingewickelt. Gegen Mittag setzte er sich auf eine Bank und aß beides. Dann wollte er in ein billiges Café gehen, um dort eine halbe Stunde zu verbringen — sein tägliches Vergnügen. Aber es fielen ihm die Wünsche seiner Frau ein und er begnügte sich damit, an einem öffentlichen Brunnen, möglichst unbemerkt, einen Schluck Wasser zu trinken.

Die Stunden vergingen. Ursin war müde vom vielen Gehen, und die Geldtasche, die er einfaltete und die ihm nicht gehörten, lagen schwer in der großen Geldtasche, die schon ganz rund war.

„Hunderttausend Frank sind schwer“, seufzte er.

Er überlegte, daß er noch etwas mehr als diese Summe bei sich hatte. Er ging zur letzten der ausgegebenen Adressen, erhielt dort zwölftausend Frank, und seine Arbeit war beendet. Er hatte noch Zeit vor sich und schritt langsam den Weg zur Bank zurück. Durstig war er, aber er widerstand auch diesmal dem Wunsch, in ein Kaffeehaus zu treten. Eine Frau strykte an ihm an; sie war geschminkt, aber jung und hübsch; sie maß ihn mit gewerbsmäßigem Blick, den sie aber gleich abwandte, als sie ihn so elend sah. Er mußte darüber lächeln in Gedanken an die Summe, die er bei sich trug. . . . Und plötzlich schloß ihm etwas durch den Kopf, daß ihn erziehen und erleuchten ließ. Er machte noch einige Schritte, mußte schwer nach Atem ringen: er sah, daß er in der Nähe des Bahnhofs war; dort stand eine Bank; auf die ließ er sich fallen.

Einige Zeit verstrich. Ursin überlegte, und der Schweiß rann von seinen eingefallenen Schläfen.

„So ist es“, murmelte er so leise, daß nicht einmal er selbst seine Stimme hörte. „Na, so ist es. . . Ich kaufe einen Staubmantel, eine Mütze, lasse mich rasieren. In einer anderen Stadt werde ich den Anzug wechseln und mir die Haare färben lassen. . . . Papier? . . . Ach was, das werde ich mir schon richten können. . . .“

Ich werde ein paar Zeilen an die Bank schicken, daß ich mich verspäten mußte, und ein paar Worte an meine Frau, daß ich heute abend zu arbeiten habe. . . . Und heute abend bin ich dann schon weit weg. In einer Stunde geht ein Zug. . . . Ich habe genügend bei mir, um irgend etwas anzufangen, um ein Vermögen zu erwerben. . . . und es ist ja schon ein kleines Vermögen, das ich da habe. . . . Genügend, um davon zu leben. . . . um sich ein wenig auszuleben während der paar Jahre, die ich noch habe, bevor ich zu alt dazu werde. . . . In Freiheit leben. . . . fern von allem. . . .“

Er wollte schon aufspringen, aber etwas hielt ihn fest, und unüberwindlich, seine volle Geldtasche an sich gepreßt, den Kopf in den Händen vergraben, blieb er lange, lange regungslos in dieser Stellung sitzen. Endlich hob er sein ganz zerquältes Gesicht, das noch älter und elender geworden war, und stieß mit rauher Stimme hervor:

„Ich kann nicht. . . .“

Er streckte sich, schlug den Weg zur Bank ein, gab das Geld ab und kehrte heim.

„Ich habe den Sirup für die Kleine“, rief ihm seine Frau gleich entgegen, hochrot, aufgeregelt und verzweifelt, zwischen den schreienden Kindern, die sich herumwälzten. „Und wegen der Schuhe weiß ich schon, wie ich es mir einkaufe werde. Für mich verzichte ich darauf, und Luise und Lola bekommen welche. . . . Jules, du kriegt eine Ohrfeige, wenn du deine Schwester nicht in Ruhe läßt! . . . Vorwärts, zur Suppe!“

Sie stellte den Suppentopf auf den Tisch, und plötzlich wandte sie sich verzerrt zu ihrem Mann:

„Zu einer schönen Stunde kommst du heim, das muß man sagen! Was hast du denn gemacht? Du behandelst uns wirklich gut! Woher kommst du?“

„Ich komme von sehr weit her“, erwiderte Ursin.

Und er setzte sich zu Tisch, resigniert; denn es war doch wegen seiner Familie, daß er es nicht über sich gebracht hatte. . . .

(Berechtigte Uebersetzung von R. Eichwald.)

Soll man Kindern Zucker geben?

Von Dr. med. G. Zidgof.

Man hat oft versucht, die Eier der Kinder nach Söhmen zu erklären; es scheint sich dabei um den Rest eines Instinkts zu handeln. Der Mensch ist ja, wie man aus seiner Entwicklung erkennen kann, ein Fruchtfresser gewesen. Früchte werden die ersten Nahrungsmittel gewesen sein, die dem Kinde des Urmenschen nach seiner Entwöhnung geboten worden sind. Erst der erwachsene Ur-mensch wird gelegentlich oder aus Not zum Genuß animalischer Nahrung gekommen sein. So wird man die Eier des Kindes nach Söhmen als instinktmäßigen Anlaß an ferne Zeiten anknüpfen dürfen, als süße Früchte keine erste und hauptsächlichste Nahrung waren, die auch infolge ihres Vitamins- und Mineralstoffgehaltes für Kinder natürlich und am zweckmäßigsten erscheint. Zwischen den süßen Früchten als zweckmäßigsten Kindernahrung und dem heutigen weißen Zucker, den die Kinder begehren, liegt aber eine gewaltige Entwicklung der Nahrungsmittelindustrie. Kein Nahrungsmittel ist raffinierter von der Technik behandelt worden als gerade der Zucker. Die Ecken, den Kindern in größeren Mengen Zucker zu geben, ist daher wohl berechtigt, und jede Mutter wird wohl ein schlechtes Gewissen haben, wenn sie ihren Kindern allzu häufig und freigebig die Zuckerdose zur Verfügung stellt. Denn

das ist schon Allgemeinort der Erkenntnis geworden, daß der weiße Zucker in großen Mengen den Kindern höchst schädlich ist. Jeder weiß, daß die Zahnbildung stark unter Zuckergenuß leidet, daß die Zahnfäule besonders stark auftritt, daß der Zucker säuernd wirkt. Bekannt ist ferner das hohe Sättigungsgelühl, das Zucker verursacht, und das bei schlecht essenden Kindern appetitraubend wirkt, besonders wenn der Zucker oder das Zuckerzeug zwischen oder kurz vor der Mahlzeit gereicht wird.

Die Gründe für die Schädlichkeit des Zuckers liegen in seiner starken Raffinierung. Der Zuckerrübenstoff wird mit Kalz behandelt, damit alle Beimengungen der reinen Zuckerkristalle ausfallen, und nur der reine kristallinische Zucker übrigbleibt. Nun sind aber in dem Zuckerrübenstoff außer verschiedenen Zuckersorten auch Mineralstoffe vorhanden, die zum Aufbau des Körpers ganz besonders wichtig sind, wie Kalz, Magnesia, Kali und Natron. Diese Mineralstoffe sind auch sonst im Körper von Wichtigkeit, weil sie einer Verfestigung des Blutes vorbeugen, und weil die Tätigkeit der lebenswichtigen Vitamine erst durch einen Gehalt an basischen Mineralstoffen ermöglicht wird. All diese wichtigen Stoffe werden aber dem Rohzucker künstlich entzogen, und es bleibt nur der reine Süßstoff erhalten. Es ist ohne weiteres klar, daß ein derartig raffinierter Zucker etwas ganz anderes ist als der Zucker, den uns die Natur in süßen Früchten oder auch im nicht raffinierten Rübenzuckerstief bietet. Während dieser mineralstoffhaltig und als ein äußerst wertvolles Produkt für die Ernährung anzusehen ist, ist der reine weiße Zucker dem Körper in größeren Mengen schädlich. Einen Beweis dafür liefern die schwarzen Eingeborenen in Zentralamerika, die den Zuckerrohrsaft roh, d. h. nicht raffiniert, genießen und sich eines ausgezeichneten Gebisses erfreuen, während die höher stehende weiße Bevölkerung beim Genuß von raffiniertem weißen Zucker von denselben Zahnhäuten befallen werden wie in Europa. Noch ein weiterer Grund für die ungünstige Wirkung des von Mineralstoffen befreiten weißen Zuckers liegt in dem beim Raffinieren erfolglichen Abheben kleinster Mengen von Metallen, die der Rohzucker erhält, und die im Körper eine hochwichtige Rolle spielen.

Brillengläser aus Metall. Der ungarische Ophthalmologe Prof. Amre hat hauchdünne Metallhäutchen, die nur einige Millimeter Durchmesser sind, mit großem Nutzen für Schutzbrillen verwendet. Die Metallhäutchen werden zwischen zwei Gläser gebracht und reflektieren dann die unsichtbaren „infraroten“ Wärmestrahlen, in denen manche Forscher eine Ursache des Stars sehen. Die Schutzbrille wirkt dadurch kühlend, was für manche Verufe von großer Wichtigkeit ist. Die Metallfolien, besonders die von Silber, lassen auch die für die Gefundung der Augen wertvollen kurzwelligen Strahlen des Tageslichtes durch, und zwar selbst bei einer Dichte, die das für den Patienten schädliche sichtbare Licht maßlos abdämpft. Metallgläser von nur zwei Prozent Durchlässigkeit für sichtbares Licht haben sich bei Regenbogenhautentzündungen vortrefflich bewährt.

Der längste Satz. Auf der Suche nach dem längsten Satz glaubten englische Wörter den Rekord in einem Quanzchen des Finanzministeriums gefunden zu haben, einem Schriftstück, das nicht weniger als 239 Worte zu einem Satz zusammenfügte. Das ist gewiß ein respektable Beweis langatmiger Schriftstellerei, aber er wird noch von den Sagegebilden übertriften, die der amerikanische Dichter Walt Whitman, der bekannte Verfasser der „Grassbläser“, zu formen pflegte. So findet sich beispielsweise in seinem Buch „Specimen Days in America“ ein Satz, der nicht weniger als 388 Worte aneinanderreihet. In dem gleichen Buch finden sich noch weitere zwei Rammutsätze, die aus 355 und 286 Worten bestehen. Es wäre ja auch ein nationales Unglück gewesen, wenn Amerika diesen Rekord nicht behauptet hätte!

Kosmisches Werden.

Von Dr. C. Slawyl.*

Schon oft haben wir* einige Köpfe sich mit der Frage des Entstehens und Vergehens von Weltkörper beschäftigt. Man nimmt meist an, daß im Weltraum ungeheurer ausgedehnter Nebelmassen sich befinden, welche sich allmählich zusammenballen und riesige, glühende Nebelsterne bilden. Weitere Zusammenziehung läßt rotglühende, weißglühende Sonnen (sog. Riesensterne) entstehen. Sie erkalten langsam und bilden erst rot, dann gelbstrahlende Fixsterne (Zweigestirne). Schließlich erlöschen sie völlig und treiben als dunkle, kalte Massen im unermesslichen Raum. Alle Entwicklungsstufen der Fixsterne können wir am gestirnten Himmel beobachten. Eine ungeheuer ausgedehnte Nebelstraße hat der Veltenerpoter Hogen auf dem päpstlichen Observatorium in Rom während des Weltkrieges festgestellt. Unsere Sonne gehört zu den gelben, erhaltenden Fixsternen. Helmholtz hat für die Sonne aus ihrer stetigen Zusammenziehung eine Lebensdauer von einigen Duzend Milliarden Jahren errechnet. Wir wissen aus den Umwandlungen des Urans in Blei, daß die Erde und entsprechend die Sonne sehr erheblich älter ist. Erstere dürfte noch etwa 400 Millionen Jahre bewohnbar bleiben, wenigstens am Äquator. Schließlich aber werden Erde, Sonne und alle Fixsterne erkalten, vielleicht auch infolge der Gravitation sich zusammenballen oder infolge des für alle Elemente wohl anzunehmenden, radioaktiven Zerfalls sich auflösen. So käme letzten Endes ein allgemeiner Weltfriedhof zustande, den erst ein neuer Schöpfungsakt wieder beleben könnte. Hiermit darf die Wissenschaft nicht rechnen.

Aus diesem unbefriedigenden Zustand suchte der Berliner Physiker Walter Kowest an der Hand der neuen physikalischen Forschungen einen Ausweg. Nach Einstein ist die träge Masse ihrem inneren Wesen nach Energie, und zwar ungeheuer konzentrierte Energie. Energieabgabe muß daher die Masse vermindern, die ausgestrahlte Energie muß der Massenanziehung unterliegen. Bei den letzten Sonnenfinsternissen konnte festgestellt werden, daß das Licht der jenseits der Sonne sich bewegenden Venus auf dem Weg zur Erde durch das Schwerfeld der Sonne abgelenkt wurde, freilich nur um sehr geringe Beträge, die weiterer Feststellung bedürfen. Jedenfalls war die Lichtenergie, der Lichtstrahl, der Massenanziehung unterlegen, muß also tatsächlich Masse besitzen. Auch die Atome sind als Anhäufung von Energie in ungeheuren Beträgen anzusehen, von denen nur ein Bruchteil beim radioaktiven Zerfall frei wird. Man bezeichnet diese Energie als Nullpunktenergie, da sie auch beim absoluten Nullpunkt der Temperatur nicht erlischt, im Gegen-

satz zur Wärmeenergie, welche aus den Bewegungen der Moleküle und Atome als Ganzes besteht und beim absoluten Nullpunkt verschwindet. Nimmt man an, daß die gesamte Masse aus Nullpunktenergie besteht, und daß auch ihre letzten Bestandteile, die Protonen und Elektronen, sich durch Zerfall freiwillig in Energie auflösen, so müssen ununterbrochen ungeheure Energiemengen in den Weltkörpern bzw. in den Raum ausgestrahlt werden. Kernst schließlich weiter, daß es wohl möglich sei, daß diese gewaltigen Energiemengen sich gelegentlich wieder zu Atomen zusammenballen könnten und daß dies Atome hoher Radioaktivität, welche jenseits des Urans stehen, sein müßten. Beobachten können wir diese Vorgänge nicht, da sie ungemein langsam verlaufen würden. Die mittlere Dichtigkeit der Milchstraße ist so außerordentlich gering, daß bei gleichmäßiger Verteilung auf 100 l je 1 Uranatom kommen würde. Uran hat bereits bis zu seinem Zerfall in Blei eine Lebensdauer von 4,5 Milliarden Jahren. Es würde genügen, wenn in ungeheurer viel längeren Zeiträumen je 1 Uranatom auf 100 l sich bildete. Die stete Erneuerung der Welt wäre hierdurch gesichert.

Eine Stütze scheint diese Anschauung dadurch zu finden, daß der Weltraum eine sehr harte Strahlung, wie sie keinem uns bekannten radioaktiven Element zukommt, enthält. Sie durchdringen 2 Meter dicke Bleipfatten und haben eine Wellenlänge von etwa 1/20 Milliardestel Millimeter. Eingehende Untersuchungen, die Kohörster und u. Sahlin im Gletscher der Jungfrau und des Königs wiederholt angestellt haben, um irdische, radioaktive Ausstrahlungen auszuhalten, ergaben eine Intensitätsschwankung dieser Strahlen, wobei annähernd mit der Zenitstellung der Milchstraße und des Sternbildes der Andromeda und des Orions die Strahlung ihren Höhepunkt erreichte. Es erscheint die Annahme nicht unberechtigt, daß die Strahlung von den jugendlichen Nebelsternen und roten Riesensternen an diesen Stellen des Himmelsgewölbes ausgeht. Damit würde die Vermutung, daß in diesen Gebilden Elemente jenseits des Urans mit stärkerer Radioaktivität vorhanden sind, eine Stütze erfahren. Freilich ist sie nicht unbefriedigend. Umgekehrt fehlen in den Meteoriten, die wohl meist Trümmer erloschener Welten sind, Elemente mit höherem Atomgewicht. Es ist anzunehmen, daß dies die Folge eines weit vorgeschrittenen, radioaktiven Abbaues ist.

Kernst vorsichtige Erwägungen sind, wie ihr Autor selbst hervorhebt, hypothetisch, lehnen sich aber an die neuen physikalischen Anschauungen eng an. An Stelle des allgemeinen Weltentodes stellen sie ein stetes Werden und Vergehen der Gestirne dar, wie wir es im organischen Geschehen gewohnt sind. Sie gewähren uns den tiefen, einzigartigen Einblick, als hätte menschlicher Geist den Schächer der Natur geküßt, so daß wir über Zeit und Raum den ewigen Kreislauf des Weltgeschehens mit geistigem Auge zu schauen vermöchten.

*) Aus Slawyl, „Der Mikrokosmos nach neueren naturwissenschaftlichen Forschungen“, erschienen in der Sammlung Wissenschaft und Bildung des Verlages Quelle u. Meyer in Leipzig. Gebunden 1,80 RM.

